



## Early Journal Content on JSTOR, Free to Anyone in the World

This article is one of nearly 500,000 scholarly works digitized and made freely available to everyone in the world by JSTOR.

Known as the Early Journal Content, this set of works include research articles, news, letters, and other writings published in more than 200 of the oldest leading academic journals. The works date from the mid-seventeenth to the early twentieth centuries.

We encourage people to read and share the Early Journal Content openly and to tell others that this resource exists. People may post this content online or redistribute in any way for non-commercial purposes.

Read more about Early Journal Content at <http://about.jstor.org/participate-jstor/individuals/early-journal-content>.

JSTOR is a digital library of academic journals, books, and primary source objects. JSTOR helps people discover, use, and build upon a wide range of content through a powerful research and teaching platform, and preserves this content for future generations. JSTOR is part of ITHAKA, a not-for-profit organization that also includes Ithaka S+R and Portico. For more information about JSTOR, please contact [support@jstor.org](mailto:support@jstor.org).

## Studien über württembergische Agrarverhältnisse.

Von **Helferich.**

### Des zweiten Artikels erste Hälfte.

Es ist in dem ersten Artikel der Versuch gemacht worden, die bestehende Gesetzgebung in Bezug auf den Verkehr mit Grund und Boden und auf landwirthschaftliche Niederlassungen darzulegen und zugleich ein Bild einiger thatsächlicher Verhältnisse zu geben, wie sie sich als Folge der Gesetzgebung und der unserm Volk eigenthümlichen socialen Geistesrichtung in den verschiedenen Landestheilen gebildet haben. Der vorliegende Artikel ist bestimmt, die Mittel zu untersuchen, welche angewendet werden können, um die theils vorhandenen, theils drohenden Uebelstände einer übertriebenen Verkleinerung des landwirthschaftlichen Besitzes wirksam zu bekämpfen.

Bevor aber auf diesen wichtigsten und schwierigsten Theil der Frage eingegangen wird, soll zunächst untersucht werden, ob nicht vielleicht Umstände zu entdecken sind, welche eine Abwendung der drohenden Gefahr oder, wo das Uebel bereits vorhanden ist, eine Heilung desselben aus sich selbst und, wenn auch nicht ohne helfende Einwirkung der Regierung, doch ohne Veränderung in der Gesetzgebung erwarten lassen.

Der in unsern Tagen am häufigsten ausgesprochene Gedanke geht in dieser Beziehung dahin, dass die im Landbau überflüssig werdenden und gewordenen Arbeitskräfte sich industriellen Beschäftigungen zuwenden müssten, theils in der Weise, dass Ar-

beiter ganz übergehen vom Landbau zur Industrie, theils so, dass sie beim Ackerbau bleiben, jedoch ihre hier nicht beschäftigten Kräfte auf gewerbliche Arbeiten verwenden. Jenes müsste die Zahl der Ackerbauer vermindern und dadurch den übrig bleibenden Theil in ein richtigeres Verhältniss zu der Arbeitsgelegenheit bringen, welche der Boden giebt; dieses würde dem verminderten Einkommen der Familien aus Grund und Boden noch gewerblichen Verdienst hinzufügen und dadurch eine Erweiterung der bisherigen Nahrungsquellen für dieselben bewirken.

Dass es sich hier nicht um eine Ausdehnung der Ortsgewerbe handeln kann, liegt auf der Hand. Gerade den für den Ortsbedarf arbeitenden Handwerkern geht es bei uns am schlechtesten. Diese zählen wohl verhältnissmässig das stärkste Proletariat in ihren Reihen und sind am allerhäufigsten veranlasst, andere Beschäftigungen aufzusuchen. Nur von einer Ausdehnung der Handelsgewerbe kann die Rede seyn, mögen diese nun, wie das neuerdings von der Schweiz her bei uns in Aufnahme kommende und von der Centralstelle für Gewerbe auf das Löblichste gepflegte Sticken, die Strohflechtereie, das Stricken als häusliche Nebenindustrie oder mögen sie als selbstständige Familienindustrie oder endlich im engeren Sinn des Worts als Fabrikindustrie betrieben werden.

Nun versteht es sich von selbst, dass eine beträchtliche Ausdehnung solcher industriellen Geschäfte im höchsten Grade zu wünschen, und dass es eine dringende Pflicht ist, mit aller Kraft darauf hinzuwirken. Sicherlich aber wäre es ein Irrthum, von dieser Seite her eine so ausgiebige Hülfe für unsre eigentliche Ackerbaubevölkerung zu erwarten, dass jede andere helfende Maassregel dadurch entbehrlich würde.

Denn, was zunächst die häusliche Nebenindustrie angeht, so kann dieselbe nach der Natur der hier vorhandenen Arbeitskräfte und der in Betracht kommenden Gewerbszweige höchstens in den rauheren Waldgegenden zu grösserer Bedeutung gelangen, wo ein langdauernder Winter zur Stubenarbeit nöthigt und die Ausbildung der technischen Fertigkeit erleichtert. In wärmeren Landorten wird diese Art der Industrie gewiss nie mehr als eine Beschäftigung für einzelne weibliche und Kinderkräfte bieten und

schwerlich auch nur die Ausdehnung gewinnen, dass darin ein vollkommener Ersatz für denjenigen Theil des Handspinnens für Lohn und auf den Verkauf gefunden werden kann, der in der neuern Zeit verloren gegangen ist und bis jetzt einen Ersatz nicht gefunden hat.

Mehr Bedeutung könnte möglicher Weise die Industrie als Hauptgeschäft ganzer Familien und das fabrikmässig betriebene Gewerbe gewinnen, wobei es natürlich nicht ausgeschlossen wäre, dass solche industriell beschäftigte Familien noch nebenbei ihr Stückchen Feld oder Gartenland besässen und selbstständig umtrieben. Aber es scheint nicht wahrscheinlich, dass selbst eine Ausdehnung dieser Art des Gewerbebetriebs bis zur äussersten Grenze unsrer Hoffnungen der Landbaubevölkerung durch Herüberziehen vieler bis jetzt landwirthschaftlich beschäftigter Personen in die Gewerbe ein vermehrtes Arbeitsgebiet und damit eine wesentliche Erleichterung verschaffen werde. Dazu ist der Uebergang von der landwirthschaftlichen zu gewerblicher Arbeit zu schwer, die Anziehungskraft der Gewerbe durch hohen Lohn nicht stark genug und hängen augenscheinlich die Leute viel zu fest an ihrer Scholle, die ihnen ohne allzugrosse Anstrengung wenigstens in mittleren Jahren eben Nahrung giebt. Ja, wenn gleichzeitig mit einer starken Ausdehnung der Industrie in den Ackerbauverhältnissen selbst eine Aenderung einträte, welche die nicht genug beschäftigten Menschen vom Lande weg in die Gewerbsorte triebe, wie diess in Schottland von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an der Fall war, dann liesse sich eine wirksame Hülfe für unsre Landgemeinden von dieser Seite her erwarten. Ohne eine solche gleichzeitige Aenderung aber sehe ich nicht, wie eine ausgiebige Besserung in dem Verhältniss der Landbaubevölkerung zum Boden durch weitere Entfaltung des gewerblichen Lebens gehofft werden kann. Gelingt es uns wirklich, die Gewerbe in unserm Land beträchtlich über ihren jetzigen schon an sich eben nicht ganz unbedeutenden Stand hinaus zu erweitern, so wird diess allerdings einzelnen wenigen landwirthschaftlichen Gemeinden zur Hülfe reichen, in denen gerade wegen vorhandener Wasserkräfte und sehr niedriger Lohnsätze Fabriken errichtet werden; der Hauptvortheil aber wird voraus-

sichtlich zunächst unserm Gewerbestande selbst zufallen, die weitere Ausdehnung der gewerblichen Thätigkeit sich aus ihm herausbilden; und ein solcher Gang der Dinge muss offenbar auch als der wünschenswerthe erscheinen.

Aber wenn es auch möglich seyn sollte, auf diesem Wege dem Ackerbau eine beträchtlichere Hülfe zu verschaffen, so wäre doch damit die Nothwendigkeit einer den Landbau unmittelbar betreffenden Maassregel nicht aufgehoben. Denn nach dem Charakter unserer Bevölkerung würde die leergewordene Stelle der in die Gewerbe aufgenommenen Leute gar bald wieder ausgefüllt seyn. Das Uebel zu bekämpfen wäre also nicht minder geboten, wenn es aus einem vorhandenen wenigstens hie und da zu einem drohenden würde.

Für nicht weniger täuschend ist die Hoffnung zu halten, durch noch ausgedehntere Einführung der intensivsten Bodenkultur, insbesondere durch allgemeineren Uebergang zum Spatenbau und erweiterte Produktion von Gemüse und Handelspflanzen unsern landwirthschaftlichen Gemeinden zu helfen.

Dass bei einzelnen Gemeinden ein solcher Uebergang möglich und wünschenswerth ist, ist natürlich zugegeben; aber im Grossen und Ganzen wird dabei nicht viel Gutes herauskommen. Denn abgesehen davon, dass sehr viele unsrer Landgemeinden und darunter gerade die hilfsbedürftigsten nicht einmal klimatisch in der Lage sind zu einer solchen Kultur überzugehen, so erfordert dieselbe auch ausserordentlich viel Dünger, also entweder die Nähe von Städten, wie dies beim gartenähnlichen Ackerbau in der Pfalz, um Nürnberg, Bamberg, Erfurt der Fall ist, oder einen sehr starken Viehstand und gegen den bisherigen Stand jedenfalls eine Vermehrung desselben. Eine Verstärkung des Viehstands aber ist nur mittelst vermehrten Futterbaus zu erreichen, also durch ein Mittel, dessen Anwendung die Möglichkeit der ausgedehnten Verwendung des Bodens zur Erzeugung von Gemüse und Handelspflanzen alsbald wieder beschränkt. Ueberdiess würde eine nur einiger Massen starke Ausdehnung der Produktion solcher Gewächse nothwendig schnell Zuvielproduktion und Stockung des Absatzes zur Folge haben.

So lange jede Familie im Durchschnitt jährlich etwa fünf-

undzwanzig Centner Mehlf Früchte bedarf, und Fleisch und Milch Hauptnahrungsmittel des Volks bilden, oder wenigstens bilden sollten, so lange wird auch Körner- und Futterproduktion die wichtigste Aufgabe des Landbaus seyn. Diese aber erfordert, wenn sie so betrieben werden soll, dass noch eine reine Bodenrente herauskommen kann, unbedingt des Pflugs und des Zugviehs, mit deren Leistungen der Mensch nur in den seltensten Fällen concurriren kann, ohne selbst auf einen maschinen- und thierähnlichen Zustand herabgedrückt zu werden. Und mit diesem Interesse des Landwirths trifft das allgemeine Volksinteresse vollständig zusammen; denn dieses verlangt einen möglichst reichen Produktenüberschuss der Landwirthschaft zur Ernährung der übrigen Volksklassen; es fordert ferner nicht nur einen nothdürftigen Viehstand zur Produktion der unentbehrlichsten Fleisch-, Milch- und Fettnahrung und der nothdürftigsten Masse von Dünger, sondern auch Mastvieh, Aufzucht von Jungvieh, Schafhaltung zur Produktion von Wolle und eine wenigstens so starke Pferdezucht, dass das Interesse der Landesvertheidigung als genügend gesichert erscheinen kann. Diese letzteren Zweige der Viehzucht und Viehhaltung aber sind überhaupt nur möglich bei grösserem landwirthschaftlichen Betrieb. Bei Kleinhäuslerei und Spatenbau, welcher, mag man ihn auch noch so oft mit dem ehrenden und wohlklingenden Titel der Gartenkultur bezeichnen, doch im Allgemeinen nur armselige Proletarierwirthschaften begründet, müssen dieselben nothwendig aufs äusserste Maass herabkommen und endlich ganz verschwinden, ein Ziel, dem wir in den bauerlichen Wirthschaften unsers Unterlands leider bereits näher gekommen sind, als Viele glauben.

Fast nehme ich Anstand, diese Sätze hier nur auszusprechen; denn sie verstehen sich eigentlich zu sehr von selbst. Aber man hört das gerade Gegentheil davon gar zu oft sagen und rühmen, und es will scheinen, als gehe es hier wie so oft im Leben, dass man mit dem Verlust einer höheren Stufe irgend eines menschlichen Glückes und Gutes allmählich auch den Sinn und Maassstab dafür verliert, sich am Ende den schlechteren Zustand wohl gefallen lässt und ihn sogar schön findet. So empfiehlt man jetzt die Spatenkultur als ein Glück, weil Viele zu

arm sind, um einen Pflug und Zugvieh zu besitzen und anzuwenden, und will damit etwas zur Regel machen, was immer nur seltene Ausnahme bleiben kann oder sollte <sup>1)</sup>).

Am nächsten liegt drittens der Gedanke, von der Auswanderung Hülfe zu erwarten. Aber noch in keinem Jahre hat die Auswanderung den durchschnittlichen, gegen Ein Prozent betragenden, Zuwachs der Bevölkerung erreicht <sup>2)</sup>, und schwerlich wird sie auch nur auf die Dauer von einigen Jahren diese Höhe erreichen. Dazu sind die Kosten der Auswanderung offenbar zu hoch. Auch ungerechnet die unvermeidlichen Verluste beim Verkauf derjenigen Besitzstücke, welche der Auswanderer nicht mit sich nehmen kann, betragen dieselben für unsre Leute von dem Ort der Heimath bis zu solchen Orten in Amerika, wo die Einwanderer ohne Kapital sichere Arbeitsgelegenheit, jene mit Kapital käuflichen Grundbesitz finden, durchschnittlich über hundert Gulden für den Erwachsenen. Das ist aber für unsere Verhältnisse eine ziemlich hohe Summe. Eine Familie, die auf jeden Kopf soviel Vermögen besitzt, gilt noch gar nicht als besonders arm oder hoffnungslos, ist es auch im Allgemeinen nicht. Im

---

1) Sehr gut sagt der Verfasser eines Artikels über französische Agriculturnzustände im Quarterly Review LXXIX S. 204: The plough is the first and most effective instrument of national prosperity, nay, of national existence; and whatever system tends to render impossible or even to impede a broad and general *arable* cultivation, is ruinous even to the small proprietors, it seems to favour, and fatal to the nation, whose surface it seems to turn into a spadewrought garden. — The true principle of beneficial culture is, that gardens should be gardens and fields fields, and that, however valuable gardens are as auxiliaries to the sustenance and comfort of their possessors, *it is only by a broad system of field agriculture, that nations can be fed.*

2) Die stärkste Verminderung mittelst Auswanderung hat die Zahl der Angehörigen Württembergs im Jahr 1852 erfahren. Sie betrug etwa 14000 Seelen. Da nun in diesem Jahr auch die Zahl der Geburten um etwa 8500 zurückgieng, so trat wirklich eine Verminderung der angehörigen Bevölkerung ein. Sonst ist im Durchschnitt der letzten zehn Jahre die Zahl der Geburten 70,998, der Gestorbenen 55,148, die Differenz also über 15000. Die Durchschnittszahl der Ausgewanderten nach Abzug der Eingewanderten ist 4466. Nächst 1852 war die stärkste Auswanderung 1846—47 mit 8,939.

Grossen und Ganzen also angesehen, lässt sich nicht annehmen, dass die Auswanderung als ein Mittel wirken werde, das Missverhältniss zwischen Boden und Bodenbesitzer zu verbessern oder auch nur die immer weiter gehende Verkleinerung der Grundbesitzungen als Folge der Bevölkerungszunahme aufzuhalten. Höchstens sind es einzelne Gemeinden, welche sich wirksam dadurch helfen können, und es wirklich wenigstens für eine Zeitlang thun, und wir wollen diese günstige Seite der Auswanderung neben ihren sehr vielen und schlimmen Uebeln dankbar hinnehmen. Aber das sind meist nur die bessern Orte, die sich in solcher Weise zu helfen suchen. Die ärmeren Gemeinden, wo die Vermögenszersplitterung und daneben die Verschuldung grosse Fortschritte gemacht hat, sind gewöhnlich viel zu arm, als dass sie sich durch Auswanderung der ungenügend Beschäftigten eine wesentliche Erleichterung zu verschaffen vermöchten. Diejenigen ihrer Angehörigen, die noch etwas haben, können nicht fort, weil sie ihre Liegenschaften ohne den grössten Nachtheil nicht zu verkaufen im Stande sind, und die Aermereu und Armen können nicht fort, weil ihnen die Auswanderungskosten zu schwer fallen, die Gemeinden aber ebenfalls zu mittellos sind, um ihnen das Geld dazu zu verschaffen.

Unsre Verhältnisse sind in dieser Beziehung wesentlich von denjenigen verschieden, welche jetzt in Irland den massenhaften Exodus möglich machen und, wie es scheint, in verhältnissmässig kurzer Zeit der englischen Bevölkerung auch der Zahl nach das Uebergewicht über die irische verschaffen werden. Dort hat in der Regel der kleine irländische Pachtbauer kein schwer zu verwerthendes Besitzthum aufzugeben, ehe er fort kann, und die Auswanderungskosten betragen wenig über zwei Drittel der Summe, die sie bei uns ausmachen. Die Auswanderungssucht hat also, um sich Befriedigung zu verschaffen, dort keine so grossen Schwierigkeiten zu überwinden, als bei uns.

Noch ist schliesslich ein Moment zu erwähnen, welches eine Gegenwirkung gegen die vorhandene und die fortschreitende Verkleinerung der Grundbesitzungen hervorbringen kann, nämlich die Bildung neuer grösserer Landgüter durch Uebergang des übermässig verkleinerten und verschuldeten Besitzes in die Hand grösserer Kapitalisten.



Die Art und Weise, wie diese Gegenwirkung eintreten kann, ist die, dass geradezu Gläubiger die ihnen als Sicherheit verschriebenen Güter bei Gantfällen an sich bringen und durch Hinzukauf weiterer Stücke grössere Güter zu gründen suchen oder auch, dass ohne eine solche Veranlassung, wie sie im Verhältniss des Gläubigers liegt, Kapitalisten in Orten, wo die Vergantungen recht häufig werden, aus Spekulation kleine Stücke Land in Masse zusammenkaufen und grössere Besitzungen bilden. Man könnte Spekulant<sup>en</sup> der letztern Art nach der Art ihres Verfahrens recht wohl umgekehrte Hofmetzger nennen.

In diesen beiden Fällen wird es in der Regel so kommen, dass die neuen Besitzungen nicht an eigentliche Bauern gelangen, sondern an Personen aus andern Ständen, was aus dem Grund hervorzuheben ist, weil sich aus dem häufigeren Vorkommen solcher Fälle in einer Gegend am Ende ein ganz neuer Stand der Grundbesitzer bilden würde.

Es kann aber auch — und das wird in Gemeindeverhältnissen, wie die unsrigen sind, das gewöhnliche seyn, — so gehen, dass die Stücke Land, die von den verschuldeten Besitzern nicht gehalten werden können und deshalb zum Verkauf kommen, von den Bauern erworben werden, welche in der Gemeinde grösseren Besitz und noch Kredit haben und welche ebendeshalb in der Lage sind, die Gelegenheit zur Vergrösserung ihres Besitzthums zu benützen.

Einzelne Fälle eines derartigen Uebergangs des allzuklein und unhaltbar gewordenen Besitzes an andre Landwirthe und der dadurch bewirkten Bildung grösserer Güter kommen auch in gewöhnlichen Zeiten und unter im Allgemeinen guten landwirthschaftlichen Zuständen überall fortwährend vor, wo und so weit nicht das Gesetz den Verkauf von Grundstücken im Einzelnen überhaupt verbietet. Es giebt in jeder Gemeinde bäuerliche Wirthschaften, die durch Leichtsinn und Liederlichkeit ihrer Besitzer oder auch durch Unglücksfälle zu Grunde gehen und deren Besitz in Folge dessen mittelst Verkaufs an Andre gelangt. Ebenso kommt das immer vor, dass einzelne Besitzer ihr Gütchen ganz aufgeben und dadurch Andern Gelegenheit verschaffen, mehr Land zu erwerben. So bilden sich, wo das Gesetz Freiheit im Ver-

kehr mit Grund und Boden giebt, immer wieder neue grössere Güter, während die vorhandenen durch Erbtheilungen oder durch Verkauf von Parzellen immer wieder zerschlagen werden. Es ist sogar möglich, dass das fortgesetzte Zusammenbringen grösserer Güter den fortgesetzten Theilungen und Parzellirungen die Wage hält und dass trotz allen Kaufs und Verkaufs die Zahl der Grundbesitzungen in einer Gemeinde nicht wächst, die durchschnittliche Grösse derselben nicht abnimmt, oder dass wenigstens beides nur in dem Verhältniss des zunehmenden Kapitals und der Produktivität des Ackerbaus geschieht. Wo die Leute in ihren häuslichen Niederlassungen die rechte Vorsicht und sittliche Besonnenheit bewahren und die Zunahme der Bevölkerung nicht ausser Verhältniss zu den wachsenden Nahrungsquellen voranschreitet, wird diess sogar, abgesehen von einzelnen Schwankungen im Bestand, immer der Fall seyn, während allerdings in der Regel mit der zunehmenden Bevölkerung eines Orts die Zahl der vorkommenden Theilungen die Fälle des Zusammenbringens mehrerer Parzellen zu neuen grösseren Höfen so lange fort übersteigen wird, bis die absolute Ernährungsgrenze erreicht ist.

Aber um solche einzelne Fälle handelt es sich hier gar nicht, sondern darum, dass eine grosse Menge von kleinen bäuerlichen Wirthschaften zusammen zu Grunde geht, und dass daraus nun eine umfassende Neubildung grösserer Güter eintritt. Eine Gegenwirkung dieser Art aber muss überall als möglich und beziehungsweise als nothwendig angesehen werden, wo die grosse Masse der bäuerlichen Wirthschaften so klein und so verschuldet ist, dass ihre Besitzer nur in gut mittleren Jahren bestehen und ihre Verpflichtungen an Zinsen und Steuern erfüllen können. Wo die Dinge so stehen, da bedarf es nichts als einiger schlechter Jahre oder einer starken Vermehrung der Lasten an den Staat und die Gemeinde, wie sie zum Beispiel ein Krieg mit sich bringt, oder auch eine bedeutende Störung des Kredits, und eine Menge der kleinen Leute wird zahlungsunfähig und geht ökonomisch zu Grunde. Eine Zeitlang halten sie sich wohl noch, weil die Gläubiger selbst sich scheuen, entschieden zu drängen, und weil die Gemeinde mit der Eintreibung der Steuern, so lang

sie kann, Nachsicht übt. Auch helfen sich die Leute Anfangs noch, so gut es geht, durch Verminderung des Betriebskapitals. Am Ende aber bricht der Bogen dennoch und es kommt zu Zwangsverkäufen und Gantungen in Menge. Nun sind nicht genug zahlungsfähige Käufer da und es sinkt desshalb ganz natürlich der Preis des Bodens tief unter seinen bisherigen, oft sogar tief unter seinen wahren, das heisst dem möglichen Reinertrag entsprechenden, Stand. Das ist nun der Zustand, wo die Veranlassung zur Bildung neuer Güter durch Zusammenkauf der Parzellen theils von Seite der Bauern, die noch etwas haben, theils von Spekulanten oder von Gläubigern gegeben und wo aller Erfahrung nach die erwähnte Gegenwirkung noch immer eingetreten ist; das sind die thatsächlichen Bedingungen, unter denen das „Latifundienwesen“ mit Nothwendigkeit Herr wird über die ökonomisch unhaltbar gewordene Zwergwirthschaft <sup>1)</sup>.

Wenn man nun fragt, ob diese Bedingungen in unserm Lande vorhanden, ob die Zustände bereits so geworden sind, dass der bezeichnete Rückschlag eintreten kann, so scheint es allerdings, als müsse man diese Frage für viele Gemeinden bejahen.

Es sind nämlich in vielen unsrer schwer darniederliegenden Gemeinden die Preise des Grund und Bodens so ausserordentlich tief gefallen, dass darin, wie es scheint, eine genügende Anziehungskraft für Kapitalisten zum Zusammenkauf der kleinen und verschuldeten Güter oder auch für die Gläubiger selbst liegt, die ihnen im Gant zugefallenen Grundstücke zu eigener Bewirthschaftung oder zur Verpachtung zu übernehmen. Es ist selbst in den nicht eben schlecht stehenden Gemeinden gar nicht selten, dass bei Zwangsverkäufen bei weitem nicht das auf einem Grundstück hypothecirte Kapital, das heisst also nach unsern Darleihverhältnissen, die Hälfte des ursprünglichen Anschlags erlöst wird. In den mehr heruntergekommenen Gemeinden erreichen die Kaufangebote oder auch die wirklich erlösten Kaufpreise oft nicht ein Viertel des Werthanschlags des Grundstücks; ja es sind Fälle bekannt, wo kaum der vierte Theil des Schuldkapitals, das ist

---

1) Man vergleiche hier die Bemerkungen von Roscher im Archiv 1845. S. 302 und f.

also der achte Theil des Werthanschlags, zu erlösen war. Aber auch das sind noch nicht die allerschlimmsten Gemeinden; denn es giebt viele Fälle, wo überhaupt gar kein Käufer zu finden und der Gläubiger aus Mangel an Käufern das Gut selbst zu übernehmen durchaus gezwungen ist.

Trotz dieser zum Zusammenkaufen günstigen Umstände jedoch hört man im Ganzen bis jetzt nichts davon, dass Kapitalisten die Gelegenheit benützen. Wohl aber geschieht das häufig, dass die vermöglicheren Bauern, die noch Kredit haben, weitere Erwerbungen machen und ihr Gut zu vergrössern suchen, jedoch, was für unsere Verhältnisse charakteristisch ist, meistens nicht unmittelbar durch Ankauf von dem bisherigen Besitzer, wenn es zum Zwangsverkauf oder Gant kommt, sondern erst aus zweiter Hand von dem Gläubiger, dem das Grundstück zugeschlagen worden ist; denn jenes zu thun scheuen sie sich wenigstens in den kleineren Gemeinden aus Rücksicht für ihren verarmten Mitbürger oder auch aus Furcht vor ihm.

Es ist schon oben gesagt worden, dass die letztere Art des Eintretens der in Rede stehenden Gegenwirkung gegen das übertriebene Zwergwirthschaftswesen für unsre Verhältnisse die Regel bilden muss. Denn dass der Gläubiger zunächst wünschen wird, das ihm zugefallene Grundstück wieder zu verkaufen, und dass er diess auch dann thut, wenn er es selbst nur mit einigem Schaden thun kann, ist ganz natürlich. Was wollte oder könnte er mit so vereinzelter Stückchen Feld mit oder ohne Gebäude weiter anfangen, wenn es ihm nicht gelänge, alsbald das solcher Art Uebernommene durch weitere Ankäufe zu vergrössern? Auch wird ihm der Verkauf meist gelingen, wenn nicht die Zahl der ruinirten Grundeigenthümer so gross, und auch die ökonomische Lage der Uebrigen in der Gemeinde so schwach ist, dass sich keine Käufer zu irgend annehmbaren Preisen für ihn finden. Freilich muss er oft das Grundstück eine Zeitlang behalten und es so gut als möglich durch Verpachtung auf kurze Zeit oder durch Selbstbewirthschaftung nutzbar zu machen suchen. Am Ende gelingt ihm aber der Verkauf doch.

Wo der Rückschlag in solcher Weise eintritt, bleibt er natürlich auch in engeren Grenzen und die ganze Veränderung

geht innerhalb der Gemeinde selbst vor sich. Je nach dem Umfang, in welchem die Gegenwirkung eintritt, wird dann am Ende eine grössere Anzahl verhältnissmässig stärker begüterter Bauern vorhanden seyn neben einer grössern Menge von Besitzlosen, während die Zahl der geringsten Wirthschaften sich vermindert hat. In rein landwirthschaftlicher Beziehung wird die Aenderung meist vortheilhaft seyn; denn es lüsst sich allerdings als Regel annehmen, dass der grössere Landwirth, der mit mehr Betriebskapital arbeitet und dem es nach den Verhältnissen der Gemeinde auch an Arbeitskräften nicht fehlen kann, dem Boden mehr abzugewinnen weiss, als der bauerliche Tagelöhner, der zwar Arbeitskraft genug hat, aber kein genügendes Betriebskapital. Wie die Sache in allgemein ökonomischer und socialer Beziehung wirkt, das wird davon abhängen, was mit der vermehrten Menge Besitzloser geschieht. Im schlimmsten Fall bleiben sie in der Gemeinde hängen und bilden ein trauriges Proletariat, um so schlimmer wegen des schärferen Gegensatzes zu den reicher Gewordenen. Im besten Fall bleibt ein Theil in der Eigenschaft von Tagelöhnern zurück und gerade diesen kann es dann leicht besser gehen, als vorher; ein andrer Theil wandert ganz aus mit oder ohne Unterstützung der Gemeinde; Einzelne verlassen wenigstens die Gemeinde und finden da und dort Unterkunft und Brod. Im letztern Fall ist auch in socialer Beziehung die Aenderung entschieden vortheilhaft und, wenn anders diese in genügend starkem Umfang eintrat, so ist das Resultat ein allgemein gesunderer Zustand der Gemeinde, der mindestens eine oder ein paar Generationen aushalten kann, bis nach dem System absoluter Freiheit mit der fortschreitenden Bevölkerung und fortgesetzten Theilungen der Jammer wieder von Neuem beginnt.

So aber, wie es hier als ökonomisch nothwendig bezeichnet wird und wie es nach der Versicherung genauer Kenner unsrer bauerlichen Verhältnisse in einzelnen Gemeinden thatsächlich zu geschehen schon begonnen hat, kann es unmöglich in den Orten gehen, wo die Zahl der gänzlich Verarmten und gantmässig Gewordenen oder wirklich Verganteten so gross ist und der Besserstehenden so wenige sind, dass die zum Zwangsverkauf kommenden Parzellen auch dann keine Käufer finden, wenn die Gläubiger

sich entschliessen sollten, sie mit beträchtlichem Verlust zu veräussern. Und leider ist die Zahl solcher Gemeinden nicht gering und es fehlt bekanntlich auch an einem Beispiel nicht, wo alle Gemeindeglieder mit einander, vom ersten bis zum letzten, gantmässig sind. Offenbar ist nun da nicht genug eigene ökonomische Kraft, um den nothwendig gewordenen Rückschlag gegen die unhaltbar gewordene Zwergwirthschaft zu vollbringen und es wäre hier alle Veranlassung gegeben, dass Kapitalisten, etwa einzelne Gläubiger selbst, entweder die Forderungen der Uebrigen vor dem Zwangsverkauf oder auch gleich die zum Verkauf gebrachten Grundstücke an sich brächten und neue Güter von der Grösse bildeten, dass sie sich zum eigenen Betrieb oder zur Verpachtung eignen würden. Man sollte wenigstens, wenn man den unglaublichen Unwerth, oft geradezu die Preislosigkeit solcher Grundstücke ins Auge fasst, meinen, dass sich dieser Weg selbst den Kapitalisten als der passendste empfehlen sollte.

Aber, wie schon bemerkt, man hört nichts davon, dass ein solches Verfahren eingeschlagen würde. Die Sache geht hier vielmehr bis jetzt gewöhnlich so, dass der Gläubiger mit dem Schuldner ein Abkommen trifft, wonach ihm etwa unter Verbürgung eines Dritten und mit oder ohne Nachlass an Zinsen das Kapital von Neuem kreditirt wird; oder er entschliesst sich, nach vergeblichen Versuchen das ihm zugeschlagene Grundstück anderweitig zu verkaufen, zu verpachten oder selbst zu bewirthschaften, es wieder an den früheren Besitzer wohlfeiler zu verkaufen und das Kapital, das nun freilich, nachdem es vermindert worden ist, sichrer stehen mag, mit oder ohne Verbürgung eines Dritten auf dem Gütchen stehen zu lassen. Das letztere Verfahren ist gar nicht so selten, weil die Gemeinden aus Furcht, eine Familie weiter auf die Armenliste zu bekommen, gegen den Gläubiger zusammenhalten und ihm das Verpachten ebenso wie die Selbstbewirthschaftung bis zur Unmöglichkeit erschweren, so dass ihm am Ende gar nichts anderes zu thun übrig bleibt, wenn er sich nicht der Gefahr aussetzen will, das Gut ganz ungebaut liegen zu lassen und die Staats- und Gemeindesteuern aus eigner Vermögen fortzubezahlen, während er so wenigstens die Hoffnung hat, dass sich der Besitzer selbst allmählich erholen werde. Aber

diese Hoffnung kann in den meisten Fällen nur eine trügerische seyn. Es ist allerdings möglich, dass ein Bauer, der, wie sie es auf dem Lande nennen, auf solche Weise „sich erleichtert“, das heisst in Wahrheit nichts anderes als eine neue Anwendung des altbekannten communistischen Mittels der *novae tabulae* macht, sich damit wirklich hilft. Ein Theil des Zinses nämlich, den er bisher dem Gläubiger zahlen musste, bleibt nun nach der Schuldreduction zu seiner eigenen Verfügung. Kommen dann gute Jahre, so ist es denkbar, dass er seine Verpflichtungen erfüllt und wieder aufkommt. In der Regel aber wird er mit dem kleinen Betriebskapital, das er gerettet hat, oder sich neu zu verschaffen weiss, die Wirthschaft doch nicht halten, vielmehr nach einigen Jahren abermals Zins- und Steuerrückstände oder auch neue Schulden haben und abermals versuchen, eine „Erleichterung“ vom Gläubiger herauszuschlagen.

In solchen ökonomisch tief gesunkenen Gemeinden ist der Uebergang des kleinen verschuldeten Besitzes in andre Hände kein Unglück, sondern eine Wohlthat. Er ist die nothwendige Krisis, die zur Heilung führt, der erste Schritt der Heilung selbst. Unhaltbar sind einmal derartige Wirthschaften. Das wahre Interesse solcher Gemeinden selbst wie des ganzen Landes kann also unmöglich darin bestehen, sie künstlich mit Opfern von Seite der Gläubiger oder gar des Staates selbst zu halten, und ihnen eine traurige Existenz zu fristen, sondern man muss vielmehr wünschen, dass der Zustand so schnell und so gründlich als möglich geändert werde. Ohne Zweifel kann diess nur durch Dazwischenkunft fremden Kapitals geschehen und ebenso gewiss ist, dass die Gläubiger in ihrer Eigenschaft als Kapitalisten die nächste Veranlassung haben, die Veränderung herbeizuführen. Von dem Augenblick an, wo die ihnen verpfändeten und im Gant zufallenden Güter so werthlos werden, dass sie beim Verkauf mehr Schaden erwarten müssen, als wenn sie trotz aller darauf ruhenden und durch die Uebernahme sich noch mehrenden Lasten dieselben übernehmen und durch Zukauf einen ihren Verhältnissen entsprechenden, zur Verpachtung oder zum eigenen Betrieb geeigneten, Besitz bilden, ist es ihr Interesse das letztere zu thun. Wenn sich bis jetzt bei uns noch kein Anfang dazu

zeigt, so hat diess gewiss seinen nächsten Grund in der Neuheit der ganzen Sache, im mangelnden Unternehmungsgeist unsrer Kapitalisten, in der Furcht, wegen eines derartigen Verfahrens als Wucherer verschrien zu werden, am meisten aber wahrscheinlich in der Unlust, mit solchen Gemeinden selbst in unmittelbare Berührung zu kommen. Das Alles aber sind nur erschwerende, keine absolut hindernde, Momente und wenn die jetzige Nothzeit noch einige Jahre anhalten und ihre verderblichen Wirkungen auf den Vermögensstand unsrer Gemeinden fortsetzen, oder wenn etwa gar ein Krieg ausbrechen und die wirtschaftliche Noth noch vermehren sollte, so ist nicht im mindesten daran zu zweifeln, dass die nothwendig gewordene Veränderung auf dem bezeichneten Wege eintreten wird.

Drängt sich aber, wenn man die jetzige Lage der Dinge ins Auge fasst, nicht von selbst der Gedanke auf, dass hier ein passendes Feld für die Thätigkeit des Staats sey, dass dieser sich bei der Veränderung direkt betheiligen sollte?

Bekanntlich hat der Staat bei uns gegenwärtig in grossen Beträgen Ablösungskapitalien einzunehmen. Die ganze ihm auf diesem Wege zufließende Summe wird trotz des höchst ungünstigen und unbilligen Ablösungsmodus auf etwa 30 Millionen berechnet. Von dieser Summe wird nun ein starker Theil für die neuen Eisenbahnen, ein andrer Theil wird, was gewiss ganz zu billigen ist, zur Vergrößerung der ärarischen Forsten verwendet werden. Immerhin aber wird ein beträchtlicher Theil zur Erwerbung von landwirthschaftlichem Areal verwendet werden können und müssen. Nun kann der Staat allerdings von diesem Theil des Kapitals vorzugsweise grössere Güter zu erwerben suchen und es ist zuzugeben, dass diese für ihn bequemer und selbst hie und da vortheilhafter zu erwerben seyn werden, obgleich die Preise dieser Güter in der jetzigen Kreditkrise nicht so stark gefallen, wie die der kleinen Güter, da und dort sogar gestiegen sind. Nichts würde aber die Finanzverwaltung hindern, ebenso auch kleine Güter zu kaufen und daraus grössere zu bilden.

Je nach den Verhältnissen einer Gemeinde könnte diess in grösserem oder kleinerem Umfang geschehen; es könnte aber



auch unter Umständen rathsam seyn, eine ganze Gemeinde auszukufen. Indem der Staat in solcher Weise Eigenthümer von Gemeindegrundstücken würde, erwüchse für ihn die Pflicht, sich an dem Fortkommen der im Landbau gar nicht mehr zu beschäftigenden Personen zu betheiligen. Diess könnte auf die verschiedenste Weise geschehen je nach den Verhältnissen der Gemeinde; immer aber wird es Geldopfer kosten, am meisten, wenn man sich entschliessen müsste, einen grösseren oder geringeren Theil der Gemeindeangehörigen auswandern zu lassen. Ich sage, die Auswanderung kostet am meisten, weil man natürlich auf dieses Mittel greift, wenn andre Mittel noch mehr kosten würden. Die Summe, die der Staat dazu aufzuwenden hätte, müsste auf den Preis der Grundstücke draufgeschlagen werden, ebenso wie die Kosten der neu zu errichtenden Wirthschaftsgebäude, falls die vorhandenen und mit den Grundstücken übernommenen Gebäude dem neuen Bedürfniss durchaus nicht genügten.

Bei der ökonomischen Beurtheilung der ganzen Operation kommt es darauf an, wie hoch sich durch die ursprüngliche Ankaufssumme und den Zuschlag der andern erwähnten Ausgaben der Preis des Morgens im Verhältniss zu der zu erwartenden Rente stellt. Wenn man erwägt, wie ausserordentlich wohlfeil jetzt in vielen Gemeinden Grundstücke zu haben sind, und wie die Kapitalisten sich oft unglaubliche Verluste an ihren Forderungen gefallen lassen, blos um von einem schlechten Schuldner oder von einem für sie werthlosen Besitz wieder loszukommen, so wird die Annahme nicht übertrieben erscheinen, dass dem Staat eine derartige Erwerbung trotz der grossen weiteren Auslagen nicht zu theuer kommen werde. Wo diess der Fall wäre, liesse sich selbst vom finanziellen Standpunkt aus nichts gegen das ganze Unternehmen einwenden. Aber wenn der Ankauf auch um ein Beträchtliches zu theuer wäre, so liesse sich derselbe vom volkswirtschaftlichen und allgemein polizeilichen Standpunkt aus wohl rechtfertigen; nur dass dann natürlich der Mehrbetrag nicht aus dem durch die Ablösung ohnehin schon genug beschädigten Domänengrundstock zu bezahlen, sondern aus der Staatskasse zuzuschieszen wäre. Die Rechtfertigung für einen solchen Zuschuss läge dann in dem unzweifelhaften Gewinn, der

für einen ganzen Distrikt und mittelbar für das ganze Land dadurch entstünde, dass einer ökonomisch und gemeiniglich damit auch sittlich tief gesunkenen Gemeinde gründlich aufgeholfen würde.

Was hier vorgeschlagen wird, ist nicht ohne Beispiele. Bekanntlich hat die grossh. badische Regierung in der jüngsten Zeit namentlich eine Gemeinde im Odenwald (Rineck) so behandelt, und ist dabei so weit gegangen, dass sie dieselbe vollkommen aufhob und die ganze Einwohnerschaft bis auf wenige Alte und Gebrechliche, die in andern Gemeinden untergebracht wurden, nach Amerika schaffte. Es ist noch nicht bekannt geworden, wie hoch die Ausgabe der Staatskasse sich schliesslich dabei belief und wie die dortige Verwaltung die erworbenen Grundstücke verwerthete, ob durch Verkauf im Einzelnen an die Nachbargemeinden, denen die Markung zugetheilt wurde, oder durch Bildung neuer grösserer Güter. Das aber ist bereits mehrfach erwähnt worden und kann auch gar nicht anders seyn, dass die sittliche und polizeiliche Wirkung der Maassregel eine äusserst günstige war.

Der hier erwähnte Fall ist freilich extremer Art und es werden wohl nur wenige Gemeinden bei uns seyn, die in jeder Beziehung so tief gesunken sind, dass man nur auf gleich entschiedene Weise helfen könnte. Aber auch in geringerem Umfang angewendet kann eine solche Maassregel sehr segensreich wirken.

Ebenso wie der Staat könnten Stiftungen in ähnlicher Weise sich selbst bei ihren schlechten Forderungen und einzelnen Gemeinden helfen, nur dass hier natürlich von einem weitem im Interesse der Gemeinde zu bringenden Opfer keine Rede seyn könnte und die Wirkung sich nur auf das eine Moment, der Bildung neuer grösserer Bauerngüter zum Behuf ihrer Verpachtung bis zum möglich werdenden Verkauf, beschränken würde. Solche Stiftungen haben natürlich kein anderes Interesse als jeder Gläubiger; aber bei grossen Kapitalen und nicht selten zahlreichen Forderungen sind sie zu einem derartigen Unternehmen eher angethan als Private.

Weit besser aber als Stiftungen eignet sich der Staat selbst

dazu. Er hat mit dem ganzen Apparat von öffentlicher Gewalt, den er besitzt, keinen Widerstand von Seiten der Gemeinde zu fürchten, und kann seinem Eigenthum und seinen Pächtern jederzeit den nöthigen Schutz verschaffen. Diess macht ihm schon die Sache leichter, wie jeder andern juristischen oder Privatperson. Dann wird er nicht selten auch indirekt mehr Vortheil davon ziehen, als sonst irgend Jemandem zufile. Abgesehen von dem Vortheil, den er mit der Zeit in dem Ertrag der indirekten Abgaben und durch den rechtzeitigen Eingang der direkten Steuern <sup>1)</sup> haben muss, so erinnere ich namentlich daran, wie oft derartige ökonomisch verfallene Orte ein wahrer Krebschaden für die Staatswaldungen sind, und wie wichtig es für den Staat wäre, in dieser Beziehung die Möglichkeit zu besserer Ordnung zu schaffen. Ist doch kürzlich nach Zeitungsmittheilungen in einem der thüringischen Staaten (Sachsen-Gotha) bei der Diskussion über einen ins Budget aufzunehmenden Ausgabeposten zur Unterstützung der Auswanderung von Regierungswegen bemerkt worden, die Ausgabe werde sich allein durch den geringeren Waldfrevel bezahlt machen. Aehnliche Fälle kommen ebenso bei uns vor, und die Aeusserung des thüringischen Regierungskommissärs wäre auch in dem Munde eines württembergischen Commissärs sicher nur die reine Wahrheit.

Endlich eignet sich aber das Unternehmen auch deshalb für den Staat, weil er leichter, wie jeder andere Kapitalist, in der Lage ist, die erworbenen Grundstücke mit der Zeit wieder in

---

1) Hätte bei uns der Staat selbst anstatt der Gemeinden den Einzug der direkten Steuern, so würde er schon durch die Steuerrückstände einen Anspruch an die Besitzungen erhalten, der als Veranlassung zu der vorgeschlagenen Operation dienen könnte. In einer Recension über *Mounier, de l'agriculture en France* 1846 im *Quarterly Review* LXXIX p. 202—238 findet sich die Notiz, dass es in Frankreich den Grundbesitzern verstattet ist, sich gegen Erlegung einer Einregistrirungsgebühr von ungefähr 1 Gulden durch Abtretung ihres Grundbesitzes von den Steuerrückständen zu befreien, wobei sie dann im Besitz ihres Mobiliars bleiben könnten. Der Präfekt des Depart. der Niederalpen hatte schon 1835 Veranlassung, den Steuerpflichtigen dieses wohlthätige (!) Gesetz in Erinnerung zu bringen. Ob davon Gebrauch gemacht worden, ist nicht erwähnt; aber was sind das für Agrikulturstände, wo eine solche Bekanntmachung nothwendig erscheint!

bäuerlichen Besitz gelangen zu lassen und dadurch auf Erhaltung des mittleren und kleineren Grundbesitzes hinzuwirken. Je nach den Verhältnissen der Gemeinde kann das Verfahren dabei sehr verschieden seyn. Der Staat kann den erworbenen Grundbesitz parzellenweise an die besser stehenden Bauern verpachten und allmählich verkaufen, oder er kann neue Höfe bilden und diese verpachten und den Pächter sie durch jährliche Abzahlungen allmählich erwerben lassen, wenn er nicht alsbald die Möglichkeit finden sollte, sie wieder zu verkaufen.

So, meine ich, könnte und sollte es der Staat in unsern jetzigen Verhältnissen machen; er würde auf diese Weise den, wie ich glaube, nothwendig gewordenen Rückbildungsprocess zu grösseren bäuerlichen Wirthschaften wesentlich erleichtern und beschleunigen. Ich sage nicht, des Staates Betheiligung sey eine absolute Nothwendigkeit. Ist die ausgesprochene Ansicht über die Thatfrage, ob nämlich wirklich die ökonomischen Verhältnisse so geworden sind, dass es vortheilhaft wird und bereits geworden ist, zusammenzukaufen, richtig, dann geht es auch ohne den Staat durch die Wirkung des ökonomischen Verkehrs von selbst. Aber wenn man die Sache dem Prozess der Naturheilung überlässt, das heisst, dem Wirken des menschlichen Eigennutzes und der Gewinnsucht, mit etwas Wenigem von freiwilliger (nicht durch die Organe der Gemeinschaft vermittelter) Humanität und Aufopferung vermischt, dann kann es lange dauern und mittlerweile ein immer schlechterer und für's Ganze gefährlicherer Zustand sich bilden, oder es geht auf dem Wege einer auch das härteste Gefühl verletzenden Noth. Desshalb, glaube ich, soll der Staat eingreifen und er kann es auch, wenn er die eingehenden Ablösungsgelder wenigstens zum Theil darauf verwendet und damit Summen, welche dem Boden genommen werden, dem Boden wiedergiebt.

Mögen Andere, die ein besseres Mittel wissen, ein solches angeben. Ich für meinen Theil weiss nichts Besseres, und ich sehe wohl, wie schwierig auch das angegebene Mittel in der Ausführung ist. Schweigen aber geht bei dem, der den Beruf hat, über solche Dinge nachzudenken, gegen das Gewissen und dann mag sich derjenige, der spricht, damit trösten, dass gegen-

über von der Schwierigkeit und Grösse der Aufgabe ebenso der Tadel verstummen muss wegen eines möglichen Irrthums, wie der Anspruch auf Lob, wenn das vorgeschlagene Mittel als brauchbar erfunden wird. In solchen Dingen tritt alles Persönliche ganz zurück; nur auf die Sache kommt es an.

Wie immer aber auch die Dinge gehen werden, ob auf dem Wege eines natürlichen Entwicklungsprozesses oder mittelst Be-theiligung der öffentlichen Gewalten, die Umbildung unsrer unhaltbar gewordenen bäuerlichen Zustände selbst ist eine Nothwendigkeit geworden und sie wird, das lässt sich mit grosser Bestimmtheit sagen, bei Fortdauer der gegenwärtigen Gesetzgebung ganz gewiss eintreten. Es ist möglich, dass einige gute Erndten und eine sich daran knüpfende Besserung des Credits die Veränderung verzögern; aber, täuschen wir uns nicht, das ist dann nur ein Aufschub, keine dauernde Hülfe; denn so gewiss die Erndten nicht immer gut seyn, und so gewiss wir nicht immerfort die friedlichen Zeiten mit verhältnissmässig wenig Lasten für den Staat haben werden, deren das Land sich jetzt noch erfreut, so gewiss werden auch neue Nothzeiten kommen und mit der Wiederkehr und Verstärkung der Ursachen die nach der Lehre der ganzen Geschichte unvermeidlichen Folgen sich geltend machen.

---

Sehen wir nun aber von diesem Heilungsprozess für diejenigen Distrikte und Gemeinden ab, welche unter der bestehenden Agrargesetzgebung so tief heruntergekommen sind, so bleibt die Frage, sollen wir diejenigen Distrikte, welche bis jetzt an der Hand des Lehwesens oder auch ohne dieses durch freiwillige Aufrechthaltung des altbäuerlichen Hofsystems sich gute Verhältnisse bewahrt, ferner ebenso diejenigen Gemeinden, welche zwar das System der unbedingten Theilbarkeit angewendet, durch eigene verständige Kraft und Haltung aber die übeln Folgen bisher vermieden haben, oder wieder zu bessern Zuständen gekommen sind, sollen wir, sage ich, dieselben der fortwährenden Gefahr, in die sie das System der schrankenlosen Freiheit hineinbringt, ruhig überlassen, oder sollen wir unsre Gesetzgebung selbst ändern und eine neue Schranke gegen den Missbrauch der Freiheit aufrichten?

Nach allen Ausführungen, die ich im ersten Artikel zu geben versucht habe, kann nun für mich darüber kein Zweifel obwalten, dass diese Frage in der zuletzt angegebenen Weise zu beantworten sey, und es kann sich von dieser Anschauung der Dinge aus nur darüber handeln, wie, nicht darüber, ob die bestehende Agrargesetzgebung einer Aenderung bedürfe.

Damit kommen wir zur Hauptaufgabe, die wir uns für diesen zweiten Artikel gesetzt haben.

Prinzipiell aufgefasst kann eine Aenderung unsrer bestehenden Gesetzgebung nach einer zweifachen Richtung hin erfolgen, nämlich entweder so, dass das Prinzip einer unmittelbaren Beschränkung in der Verfügung über Grund und Boden und bei neuen landwirthschaftlichen Niederlassungen angenommen würde, oder zweitens so, dass das Prinzip der persönlichen Freiheit als Regel beibehalten, in seiner Anwendung aber eine Garantie gegen ihren schädlichen Missbrauch aufgestellt würde.

Das erste dieser beiden Systeme kann in zwei Formen in Betracht kommen, nämlich so, dass ein Minimum des Besitzes festgestellt würde, unter welches hinunter überhaupt keine neue landwirthschaftliche Niederlassung gestattet und keine bestehende bäuerliche Wirthschaft durch Abtrennung von Theilen vermindert werden dürfte; — sodann in der Form, dass geradezu die Höfe von einer gewissen Grösse an in jeder Gemeinde für geschlossen erklärt würden.

Das zweite System kann im Allgemeinen das englische genannt werden. Es würde darin bestehen, dass es die rechtlichen Hindernisse, welche die Erhaltung grösserer Complexe gegenwärtig bei uns findet, wegräume und für den Fall, dass ein Grundbesitzer von seiner Freiheit zu testiren keinen Gebrauch machen sollte, eine neue positiv auf das Zusammenhalten der Besitzungen hinwirkende Ordnung aufstellte.

Es sollen nun im Folgenden diese verschiedenen Systeme, welche zwar nicht alle Möglichkeiten erschöpfen, die überhaupt gedacht werden können, welche aber wohl die ganze Reihe derjenigen gesetzlichen Maassregeln zu bilden scheinen, von denen mit Rücksicht auf den Zweck einer Beschränkung der unbedingten Theilbarkeit in unsern deutschen Verhältnissen

überhaupt die Rede seyn kann, mit besonderer Rücksicht auf unsere württembergischen Zustände einer Prüfung unterworfen werden.

Wir beginnen mit dem

### **System des Minimum.**

Nur um von vorn herein ein mögliches, und bei den Erörterungen über die Theilbarkeitsfrage häufig wiederkehrendes Missverständniss abzuschneiden, bemerke ich, dass es sich hier nicht um ein Parzellen-, sondern um ein Wirthschaftsminimum handelt. Die grösste Parzellirung des Bodens ist nicht nothwendig mit übermässiger Verkleinerung der Grundbesitzungen verbunden und andererseits kann eine sehr übertriebene Verkleinerung der Besitzungen recht wohl mit einer verhältnissmässig schwachen Parzellirung des Bodens zusammen bestehen. Doch ist das richtig, dass ein ziemlich hoch gegriffenes Parzellenminimum überall, wo nicht auf dem Weg der Verschuldung überhaupt jedes Gesetz, welches auf Abhaltung gar zu kleiner bäuerlicher Niederlassungen abzielt, illusorisch gemacht wird, zugleich auch gegen allzuweit gehende Verminderung der Wirthschaften wirken muss.

Versuche der Gesetzgebung, ein Minimum festzusetzen, sind in Deutschland nicht eben selten. Um gerade aus dem südwestlichen Theil unsers Vaterlandes einige Beispiele anzuführen, so gehören hierher eine baden-durlachische Verordnung von 1760, worin die Theilung eines Ackers oder Gartens unter ein Viertel Morgen, bei besonders gutem Hanf- und Krautland, wenn es der Erbtheilung wegen durchaus nothwendig sey, so weit zu gehen, unter ein Achtel, bei Weinbergen ebenfalls unter ein Achtel verboten wird. Ganz ähnlich lautet eine baden-baden'sche Verordnung von 1771 und zwei speier'sche Verordnungen von 1753 und 1772, endlich auch eine fürstenbergische Verordnung von 1757, nur dass diese bei Aeckern das Minimum auf ein halb Jauchert setzt.

Der nächste Sinn dieser Verordnungen war, ein Parzellenminimum festzusetzen, kein Besitzminimum. Ganz ohne Rücksicht auf dieses waren sie aber wohl auch nicht, wie die durlachische

Bestimmung in Betreff des Krautlandes zeigt. Deutlicher jedoch tritt diese Rücksicht in einem Gesetz aus der Herrschaft Hauenstein von 1756 hervor; denn darnach war das Minimum nach der Möglichkeit, eine Kuh zu halten, normirt.

Alle diese Verordnungen sind zwar nie ausdrücklich aufgehoben <sup>1)</sup> worden; thatsächlich aber haben sie sich so wenig in Wirksamkeit erhalten, wie das im ersten Artikel erwähnte alt-württembergische Generalrescript von 1735. Neuere Versuche, ein Minimum festzusetzen, fehlen dagegen beinahe gänzlich. Ich weiss für jetzt kein andres Beispiel, als das bereits erwähnte bayrische Ansässigmachungsgesetz von 1834, wonach ein Grundbesitz von mindestens 1 fl. Steuersimplum zur Erwerbung der Erlaubniss, sich als Landwirth häuslich niederzulassen, erforderlich erklärt wurde, eine Bestimmung, deren Wirksamkeit noch durch die weitere verstärkt wurde, dass Güter, die nicht ludeigen seyen, ohne Genehmigung des Obereigenthümers überhaupt nicht unter jenes Minimum getheilt werden sollten. Die erstere Bestimmung besteht noch; die zweite hat durch die neueste Gesetzgebung, wonach aller Grundbesitz ludeigen wird, ihre praktische Bedeutung verloren.

Das bayrische Minimum ist, wie man leicht erkennt, kein Parzellen-, sondern ein Besitzminimum. Als solches aber stellt es keine Norm auf für die Grösse der bäuerlichen Besitzungen an sich, sondern für die Grösse des Besitzes, worauf hin eine Person sich als Landwirth niederlassen kann. Durch eine Bestimmung der ersteren Art würde festgesetzt werden, dass kein landwirthschaftlicher Besitz unter dem Minimum seyn könne; es würde durch dieses die Zahl der landwirthschaftlichen Besitzungen festgestellt, welche denkbarer Weise in einer Gemeinde entstehen könnte. Durch ein Gesetz der zweiten Art wird gesagt: Niemand kann sich als Landwirth niederlassen, wenn er nicht die bestimmte Grundsteuer zahlt; es kann aber auch ein Nichtlandwirth ein kleineres Stück besitzen, als das Minimum ist, und es kann ein Landwirth, der bei der Niederlassung das Mini-

---

1) In den Blättern für Justiz und Verwaltung in Baden I. S. 471 sucht Brauer ihre noch bestehende Gültigkeit zu beweisen.



mum besessen hat, später es ganz oder theilweise verkaufen. Man könnte zur Unterscheidung das erste Minimum ein objectiv, das zweite ein subjectiv bestimmtes nennen.

Betrachten wir nun die Wirkung dieser beiden Formen eines Minimum, so tritt uns als erster Einwand gegen dasselbe die Behauptung entgegen, dass es die unehelichen Geburten befördere. Gerade diess wird auch dem bayrischen Niederlassungsgesetz vorgeworfen, und dass dieser Vorwurf begründet ist, lässt sich nach den statistischen Beweisen, welche Rivet im Archiv für politische Oekonomie <sup>1)</sup> gegeben hat, nicht mehr in Zweifel ziehen. Ganz derselbe Einwand kann aber nicht bloß gegen das Minimum, sondern überhaupt gegen jedes die vollkommene Freiheit beschränkende Agrargesetz und namentlich auch gegen das System der geschlossenen Güter erhoben werden, und ich will deshalb gleich hier versuchen, den Einwand auf seinen wahren Werth zurückzuführen.

Es ist gewiss nicht richtig, wenn man sagt, ein die Freiheit der Niederlassung beschränkendes Gesetz müsse nothwendig eine Vermehrung der unehelichen Geburten zur Folge haben. Hannover, Holstein, Westfalen, wo das geschlossene Hofgutsystem in grosser Ausdehnung besteht, beweisen diess; denn hier ist das Verhältniss der unehelichen zu den ehelichen Geburten kein ungünstigeres, als sonst in Deutschland durchschnittlich der Fall ist. Aber das lässt sich nicht läugnen, dass eine Veranlassung zu illegitimen Verbindungen dadurch gegeben wird, dass der sittliche Geist des Volks es dabei schwerer hat, die Verführungen zur Unsittlichkeit zu überwinden, als wenn die Freiheit der Niederlassung keine an die einzelnen Personen oder an das Objekt der produktiven Thätigkeit geknüpfte Schranke findet. Und so finden wir denn auch sehr häufig ein Zusammentreffen der beiden Momente, uneheliche Geburten und Beschränkungen der Freiheit der Niederlassung. In unserm Lande z. B. ist es ganz unverkennbar, dass der südliche und nordöstliche Theil desselben mit seinem geschlossenen Gütersystem bedeutend mehr uneheliche Geburten hat, als der altwürttembergische Landestheil mit seinem System der Freiheit; dort betragen dieselben in den einzelnen Aemtern bis zu 20 Prozent aller Geburten, hier mit wenigen

1) Jahrgang 1843, Rivet, über die ausserehelichen Geburten.

Ausnahmen zwischen 5 und 12 Prozent <sup>1)</sup>. Ich sage nicht, dass der Grund dieser Verschiedenheit allein in den Güterverhältnissen liegt; der ernste, religiöse Sinn sehr vieler altwürttembergischer Distrikte hat gewiss auch seinen Theil an dieser Erscheinung. Nur das wird man zugeben müssen, dass das Agrarsystem sehr bedeutend mitwirkt.

Daraus aber, dass das System der Freiheit im Allgemeinen diese günstigen Erscheinungen gegenüber von dem System der Beschränkungen an den Tag legt, folgt noch nicht, dass es unter allen Umständen und unbedingt günstig wirkt. Die Erfahrung lehrt vielmehr, dass, wenn bei dem System der objektiv und subjektiv grössten Freiheit die Gränze der Ernährungsmöglichkeit für eine Bevölkerung erreicht ist und nun Mangel und Elend in viele Familien einzieht, dann auch die Unsittlichkeit in geschlechtlichen Verhältnissen sehr leicht einreiss und überhand nimmt. Den Beweis hiefür liefern viele altwürttembergische Gemeinden, wo die Zahl der unehelichen Geburten gleichfalls auf gegen zwanzig Prozente steigt, und wenn man an der Hand der offiziellen Oberamtsbeschreibungen die ökonomische Lage solcher Gemeinden vergleicht, so überzeugt man sich, dass diess häufig gerade solche Orte <sup>2)</sup> sind, welche ökonomisch am tiefsten stehen. Daraus sieht man, dass in dem weit getriebenen und missbrauchten Freiheitssystem dieselbe Gefahr für die sittlichen Zustände liegt, wie in dem entgegengesetzten, und es findet auch diese Thatsache ihre einfache Erklärung, wenn man sich vergegenwärtigt, wie moralische Schlawheit, verzweifelter Leichtsinn, üppige Lust und thörichte Gewinnsucht die regelmässigen Begleiter tiefgesunkener wirthschaftlicher Verhältnisse und zugleich die gewöhnliche Veranlassung zur Unsittlichkeit sind. Wie dringend aber die Gefahr für jede Gemeinde ist, wo keine ge-

---

1) Das beste Oberamt ist in dieser Beziehung Canstatt mit 5,<sup>5</sup> Proc. uneheliche Geburten. Es folgt nach dem Stand des Jahres 1849—50 Stuttgart [Stadt] und Leonberg mit 8,<sup>2</sup>, Urach mit 8,<sup>4</sup> Proc. Am meisten uneheliche Geburten haben Tettmang und Krailsheim mit 19,<sup>4</sup> Proc.

2) Beispielsweise gehören die beiden Gemeinden des Amtes Schorndorf, welche am meisten uneheliche Kinder haben, Baltmannsweiler (19,<sup>3</sup>), Baiereck (15,<sup>6</sup> Proc.) auch unter die ärmsten; siehe oben S. 237.

setzliche Schranke die Freiheit beschränkt, diese am Ende zu missbrauchen und dadurch wie ökonomisch so moralisch herabzukommen, darüber kann sich Niemand täuschen. Deshalb kann man nicht sagen, die Freiheit des Verkehrs und der Niederlassung stelle in der bezeichneten sittlichen Beziehung die günstigsten Bedingungen dar, während Beschränkungen dieser Freiheit das Gegentheil bewirken, sondern man wird sagen müssen, die volle Freiheit mit ihrem erfahrungsmässig damit verbundenen Missbrauch bringt schliesslich ganz die gleichen schlimmen Folgen für die Sittlichkeit des Volks, wie weit gehende Beschränkungen der Freiheit dieselbe zu bringen pflegen. Liegt aber die Sache so, dann wird man gegen ein beschränkendes Niederlassungs- oder Agrargesetz nicht unbedingt die Pflicht geltend machen können, die Interessen der Sittlichkeit im Volke zu schützen, sondern man wird in dieser Pflicht sogar eine Veranlassung erkennen müssen zu einem den Missbrauch der Freiheit möglichst ausschliessenden Gesetz.

Von selbst aber versteht sich, dass nicht alle Arten der Beschränkung in Bezug auf ihre sittliche Wirkung gleich sind. Es besteht vielmehr hierin ein grosser Unterschied. Eheverbote vor einem bestimmten höheren Lebensalter, oder vor Erfüllung gewisser schwer zu erfüllender ökonomischer Bedingungen, wodurch vielleicht ganzen Klassen der Bevölkerung die Aussicht auf einen eigenen legitimen Hausstand vernichtet wird, müssen anders wirken als mässige Forderungen, die in dieser Beziehung gestellt werden, und wieder müssen solche das Subjekt unmittelbar treffende Beschränkungen anders wirken als objektive Beschränkungen wie Geschlossenheit der Güter, Verbot der Gütertheilung unter ein gewisses Maass, gewerbliche Realrechte und dergleichen Einrichtungen mehr. Doch glaube ich nicht, dass sich hierüber etwas allgemein Gültiges sagen lässt. Je nach der Natur und der geschichtlichen Entwicklung eines Gemeinwesens werden solche Maassregeln in jedem Lande verschieden wirken.

Der zweite Einwand gegen beide Arten eines Minimum geht dahin, dass es auf dem Wege der Verschuldung leicht umgangen werden kann. Weniger ist diess der Fall, wenn das Gesetz sich begnügt, in dem Moment der Niederlassung den Besitz als vor-

handen nachweisen zu lassen; doch ist es auch da schwer, sich vor einer Umgehung des Gesetzes zu sichern. Vollkommen trifft dagegen der Einwand bei dem objektiv bestellten Minimum. Wenn dieses nicht überaus hoch bestimmt wird, so dass dem Besitzer auch bei starker Verschuldung doch noch immer ein grosser Werth frei bleibt, so nützt es wenigstens als Mittel zur Sicherung einer Familie nur wenig; denn darauf kommt es ja nicht an, dass ein kleiner Bauer mindestens so viel Land habe, dass er eben noch davon leben könne, sondern, dass er den ganzen Ertrag davon selbst beziehe. Nun gäbe es freilich ein Mittel, gesetzlich die Verschuldung zu verhindern: das nämlich, dass man geradezu bis zu einem gewissen Gütermaass Verpfändungen verböte, oder nach dem Vorgang einiger Staaten der nordamerikanischen Union die Bestimmung träfe, dass bei Ganten jedem wenigstens eine gewisse mässige Summe als Competenzbetrag frei verbleiben müsse, was die vollkommene Kreditlosigkeit kleiner Bauern zur Folge hätte. Aber zu einer solchen Maassregel, die den Meisten die einzige Möglichkeit rauben würde, sich aus kleinen Verlegenheiten zu retten und zu grösserem Besitz emporzuarbeiten, wird unter unsern Verhältnissen Niemand rathen wollen. Muss man also auf eine derartige Sicherung gegen thatsächliche Umgehungen des Minimum Verzicht leisten, so bleibt der Einwand bestehen, und wenn man auch nicht sagen will, dass dann das Minimum gar nichts nützt, so ist doch sein Nutzen zweifelhaft und man ist zur Frage berechtigt, ob es wegen dieses prekären Vortheils der Mühe werth ist, dem Verkehr die starke Beschränkung aufzulegen, die durch Aufstellung eines Minimum gegeben ist.

Ein weiteres Bedenken gegen ein Minimum liegt in der Unmöglichkeit einer scharfen Abgrenzung des Standes der Landwirthle von dem der Tagelöhner. Würde man nämlich das Minimum des Besitzes so stellen, dass es den nothdürftigen Unterhalt einer Bauernfamilie sicherte, — und das müsste zum wenigsten geschehen; sonst nützte es überhaupt nichts, — so wäre dasselbe für eine Tagelöhnerfamilie, die ihren Haupterwerb aus der Arbeit zieht, viel zu hoch. Auf solche Familien könnte man also das Minimum nicht anwenden, sondern müsste eine weit

geringere Garantie für ihr Bestehen bei ihrer Niederlassung verlangen. Für diese möchte die Forderung unsers neuen Verehelichungsgesetzes, dass ein heirathslustiges Paar die Summe von 150 fl. nachweise, als genügend zu betrachten seyn. Setzt man aber die Anforderungen bei dieser Klasse so weit herab, was hindert dann die Landwirthe, die das Minimum nicht haben, sich als Tagelöhner zu setzen, was sie thatsächlich doch sind? Etwa der Stolz eines Bauern einem Tagelöhner gegenüber? Aber von einem solchen Stolz ist in den meisten ärmeren Landgemeinden schon jetzt nicht viel mehr zu finden. Wollte man also das Minimum nicht auch hierdurch eludiren lassen, so bliebe nichts übrig, als die Niederlassung der Tagelöhner in einer Gemeinde willkürlich zu beschränken <sup>1)</sup>. Dann aber hat man eine neue polizeiliche Freiheitsbeschränkung, die dazu noch sehr ungerecht wirken kann, weil Niemand im Stande ist, genau zu bestimmen, wie viel Arbeiter in einer Gemeinde und der Umgegend sich noch gut ernähren können.

Was hier gesagt ist, trifft zunächst das subjektiv bestimmte Minimum. Noch viel schlimmer wird es bei dem objektiv fest-

---

1) Etwa so, wie in Bayern diesseits des Rheins. Das Gesetz vom 1. Juli 1834 kennt nämlich vier verschiedene Titel, auf welche hin die Ansässigmachung verlangt werden kann, 1) einen bestimmten Grundbesitz, 2) eine Gewerbsconcession, 3) den Besitz eines realen oder radizirten Gewerbs, 4) einen durch Lohnverdienst oder sonstiges Einkommen genügend gesicherten Nahrungsstand. Bei Ansässigmachungsgesuchen auf die drei ersten Titel hin hat die Gemeinde nur das Recht, Erinnerungen zu machen; die Staatsbehörde aber kann auch gegen die Gemeinde entscheiden; bei Gesuchen der vierten Art hat nach § 9 des Gesetzes die Gemeinde mit wenigen Ausnahmen ein absolutes Veto. — Ueber diese letzte Bestimmung hört man in Bayern viele Klagen (vgl. Rivet a. a. O.); auch ist zuzugeben, dass die Gemeinden von diesem Recht oft einen sehr harten, ihnen selbst schädlichen, Gebrauch machen. Doch ziehe ich eine solche Gesetzgebung noch immer der schrankenlosen Freiheit mit ihren nothwendigen Folgen vor. Nur fragt es sich, ob es nicht besser wäre, den Widerspruch der Gemeinde gegen eine neue Ansässigmachung an bestimmte objektive Bedingungen zu knüpfen, in der Weise, wie diess unser neues Verehelichungsgesetz thut. Sehr bestimmt hat sich neuerdings für das Recht der Gemeinde, neue Niederlassungen zurückzuweisen, Stüve ausgesprochen in seinem vortrefflichen Buche über Wesen und Verfassung der Landgemeinden. Jena 1851. S. 247 u. 295.

gesetzten. Denn wird dasselbe ganz durchgeführt und ausgesprochen, dass in Landgemeinden kein landwirthschaftlicher Besitz unter so und so viel Steuerbetrag bestehen soll, so ist es damit allen Tagelöhnern und Gewerbtreibenden ziemlich unmöglich gemacht, überhaupt nur Landbesitz zu haben. Das hiesse aber nicht viel weniger als der ungeheuren Menge von Gewerbtreibenden und halb gewerblichen halb Landbautagelöhnern, die in unsern Landgemeinden sich befinden, geradezu den Boden der Existenz unter den Füßen wegziehen und das betreffende Gewerbe selbst ruiniren. Davon kann also keine Rede sein. Nun bliebe die Möglichkeit, dass man für Gewerbtreibende und Tagelöhner eine Ausnahme von der Regel machte und ihnen auch einen Besitz unter dem Minimum verstattete. Dann aber wäre gar nichts gegen unsre jetzigen Zustände gewonnen; denn wer nicht als Landwirth sein Minimum halten könnte, würde ebenso wie vorhin als Tagelöhner einen Theil davon behalten können. Oder es bliebe die Möglichkeit, dass man einen Theil der Gemeindemarkung je nach der Zahl der vorhandenen Tagelöhner und Gewerbtreibenden dem Bann des Minimum entzöge und nur den andern damit belegte. Aber dann wäre wohl der ganze Verkehr aufs äusserste gehemmt und beschwert, materiell jedoch wieder nichts gewonnen, es sei denn, dass man das Minimum sehr hoch setzte, in welchem letzterem Fall dieses System im Ganzen ebenso wirken würde, als wenn man die Bauerngüter von einer gewissen Grösse an für geschlossen erklären würde, ein Verfahren, welches erst weiter unten besprochen werden soll.

Es bleibt noch der weitere Einwand gegen jedes Minimum zu erwähnen, der in der Schwierigkeit besteht, die richtige Grösse für dasselbe nach den Verhältnissen des Distrikts und des Ortes zu wählen, und für diese Grösse selbst einen leicht anwendbaren und sichern Maassstab zu finden.

Für das Letztere giebt uns das bayrische Gesetz, das den Maassstab in der Grundsteuer findet, gewiss den richtigen Fingerzeig, obgleich nicht zu verkennen ist, dass, ganz abgesehen von den vermeidlichen und unvermeidlichen Fehlern, die ursprünglich in der Steuereinschätzung der Grundstücke begangen worden sind, der Umstand sehr bedenklich ist, dass unsre württember-

gische Grundsteuer ebenso wie die bayrische prinzipiell unveränderlich ist, und auf die seit ihrer Einrichtung vorgekommenen Verbesserungen des Bodens und der Cultur keine Rücksicht nimmt. Dieses Bedenken ist gewiss nicht unerheblich; es dürfte aber gegenüber von den andern weit triftigeren Bedenken, über die man sich bei der Einrichtung eines Minimum hinwegsetzen muss, nicht mit Unrecht in die Kategorie der *Minima, quae non curat praetor*, gestellt werden können.

Weit schwieriger wäre es, den andern Punkt des erwähnten Einwandes zu ordnen, nämlich die richtige Wahl des als Minimum festzustellenden Besitzes zu treffen. Hier könnte allerdings ein Gesetz die ideale Grösse leicht bestimmen, die überall im Lande als Norm zu gelten hätte, beispielsweise den Grundsteuerbetrag, der einem Besitz entspricht, mit welchem eine bauerliche Familie ihren Unterhalt nach üblicher Lebensweise zu erwerben vermöchte. Aber diese Lebensweise selbst ist in den einzelnen Landestheilen so verschieden, und überdiess liegt in den Lokallasten noch ein so beträchtlicher Grund der Verschiedenheit in dem Ertrag der Steuerobjekte für den Besitzer, dass es wohl unmöglich wäre, einen und denselben Grundsteuerbetrag überall gleichmässig anzusetzen, sondern man müsste nothwendig nach Distrikten und Orten verschiedene Ansätze machen. Uebermässig schwierig wäre diess in der Ausführung für die Verwaltung nicht; aber als bedenklich muss man es doch bezeichnen, weil dadurch die polizeiliche Willkür ausserordentlich vervielfacht würde.

Fasse ich Alles zusammen, so komme ich zum Schluss, dass mit dem Minimum bei uns nicht viel Gutes auszurichten sein wird. Werden auch alle Bedenken noch so niedrig angeschlagen, findet man für jeden dabei entstehenden Nachtheil ein passendes Heilmittel und setzt man voraus, dass es mit der grössten Vorsicht, mit der sorgfältigsten und gewissenhaftesten Erwägung aller Distrikts- und Lokalverhältnisse eingeführt wird, so steht doch der wirkliche Nutzen, der davon erwartet werden kann, zu der Summe der dadurch nothwendig gegebenen Freiheitsbeschränkungen in keinem rechten Verhältniss.

Was würden wir eigentlich gewinnen, wenn wir die Sicherheit erhielten, dass keine bauerliche Wirthschaft begonnen werden

oder nach dem System des objektiv bestimmten Minimum bestehen könne, ohne dass sie wenigstens so viel Land hätte, dass sie gerade noch ihren Unterhalt zu erwerben im Stande wäre? Eine Gemeinde, bei der auch nur die Hälfte der Bürger nicht mehr hätte als das Minimum, wäre doch im Ganzen arm zu nennen, und würde trotz desselben nicht im Stande seyn, einige Jahre des Misswachses oder äussern Unglücks ohne vollständigen Ruin auszuhalten. Mit einer solchen Maassregel würden wir weder die Landestheile, welche noch gute bäuerliche Zustände sich erhalten haben, vor dem Jammer eines übertriebenen Kleinbesitzes bewahren, noch diejenigen Gemeinden, welche auf dem Wege vollkommener Freiheit in's Elend gekommen sind, aus demselben herausreissen. Der wirkliche Vortheil, der dabei dennoch bleiben mag, wird nun aber erkaufte durch eine fortgesetzte und den ganzen Verkehr mit Grund und Boden umfassende rein polizeiliche Controle. Zuerst gilt es, für jeden Distrikt und jeden Ort das den Verhältnissen entsprechende Minimum festzustellen. Dann wird man auch dem nicht ausweichen können, dass man von Zeit zu Zeit die einmal getroffene Bestimmung revidirt und nach den mittlerweile eingetretenen Veränderungen das Minimum neu feststellt. Ueberdiess ist, wenn man einen bestimmten Grundbesitz als Bedingung der selbstständigen Niederlassung aufstellt, bei jedem einzelnen Fall ein polizeiliches Erkenntniss darüber nothwendig, ob nun gerade der vorgeschriebene Besitz und zwar unbelastet vorhanden ist. Hat man dagegen das Minimum als objektive Norm für die Grösse der landwirthschaftlichen Besitzungen überhaupt aufgestellt, so ist kein Kauf, kein Tausch erlaubt ohne polizeiliche Controle darüber, ob nicht dadurch ein Besitz unter die erlaubte Grenze heruntersinkt.

Ueberhaupt trägt der ganze Gedanke eines Minimum den Charakter eines kleinen und zwar rein polizeilichen Aushülfsmittels an sich. Eine grosse bäuerliche Rechts- und Lebensordnung kann damit nicht begründet werden. Auch in unsrer Geschichte finden wir es nirgends versucht, wo das alte bäuerliche Recht in Leben blieb, sondern es zeigt sich erst zu einer Zeit und in den Gebieten, wo theils durch die allmähliche Einwirkung des römischen Rechts, theils durch den liberalen Abso-



lutismus der Regierungen des vorigen Jahrhunderts die alte Ordnung schon gebrochen war, und nun gegen die offen zu Tag tretenden Uebelstände des Freiheitssystems auf dem gleichen Weg des polizeilichen Eingreifens der Staatsgewalt eine Schutzwehr gesucht wurde.

Das aber kann unmöglich unsre wahre Aufgabe seyn, an den wirklich vorhandenen Schäden unsers sozialen Körpers mit solchen kleinen Polizeimitteln fort und fort zu flicken, sondern darauf kommt es an, dass man eine neue Rechts- und Lebensordnung gründe, bei der man die Einrichtung seiner Privatverhältnisse Jedem möglichst frei überlassen kann, bei der man so wenig als möglich polizeiliche Controle und Nachhülfe nöthig hat. Täglich hören wir die Klage über unsern angeblichen Polizeistaat und nicht nur unter den Regierten, sondern ebenso unter den Regierenden wird der Wunsch laut, dass des polizeilichen Eingreifens weniger werde. Zu diesem Ziel zu gelangen, hilft aber das blosses Klagen nicht und ebensowenig würde das einfache Aufhörenlassen der polizeilichen Thätigkeit dazu führen; denn die Nothstände, welche Abhülfe begehren, sind einmal da und der selbstständige und selbstthätige Bürgergeist, der nicht so viel Uebel aufkommen lässt und, wo es kommt, rechtzeitig und unmittelbar eingreift, ist nicht vorhanden. Deshalb muss man regieren und viel regieren, und mit jedem Tag mehr regieren. Da ist nirgends Hülfe zu finden, als in einer Hebung des Selbstständigkeitsgeistes im Volke selbst, und das ist zunächst für unsre bauerlichen Verhältnisse unsre Aufgabe, diesen guten Geist, wo er noch ist, zu pflegen, wo er nicht ist, eine neue Basis zu gewinnen, auf welcher er sich bilden und allmählich Boden gewinnen kann. Dazu aber führt uns ein Minimum nicht; es stärkt nur den Geist, aus dem es herausgewachsen ist, den Geist bürgerlicher Unselbstständigkeit und polizeilichen Eingreifens.

Wer die Dinge von diesem Standpunkt aus betrachtet, kann prinzipiell für ein Minimum nicht stimmen. Andererseits aber müssen wir anerkennen, dass in Gemeinden, wo die Zwergwirthschaft bereits einheimisch geworden ist, welche mit Tagelöhnerlandwirthen und armen Gewerbtreibenden angefüllt sind, und wo damit der Geist bürgerlicher Unabhängigkeit und Selbst-

ständigkeit tief gesunken ist, jedes andre Verfahren als eben ein solches mit kleinen unmittelbar auf den Einzelnen wirkenden coercitiven Mitteln wenigstens für den Beginn einer grösseren Reform mit den grössten Schwierigkeiten verbunden und in seinem Erfolg zweifelhaft ist. Desshalb glaube ich nicht, dass man wohl daran thäte, wenn man den Gedanken, durch ein Minimum zu helfen, unbedingt <sup>1)</sup> verwürfe. Im Gegentheil, es kann Fälle geben, wo vielleicht nur auf diesem Wege ein besserer Anfang genommen werden kann. Nur als eine dauernde und allgemeine Einrichtung, der man die ganze Zukunft unsers Bauernstandes unterordnete, scheint das Minimum nicht zu brauchen.

Wir kommen zum zweiten System, welches zur Erhaltung der guten und Besserung der schlechten Zustände in unsern Landgemeinden gewählt werden könnte, nämlich zum System der

### **geschlossenen Hofgüter.**

Wie schon im ersten Artikel gesagt worden ist, hat sich dieses System in einzelnen Distrikten und Gemeinden bei uns erhalten, theils aus freiem Entschluss der Grundbesitzer, theils an der Hand des Lehenssystems, und wir haben gesehen, wie viel besser solche Distrikte stehen, als jene mit dem entgegengesetzten System der Freiheit. Nun fragt es sich, ob es eine ökonomisch und politisch gute Maassregel wäre, wenn man nach der Zerreissung des Lehensbandes auf dem Wege der Staatsgesetzgebung eine neue Schranke anstatt der verlorenen zum Schutz der noch vorhandenen geschlossenen Güter errichtete, und in den Distrikten und Gemeinden, in denen Theilungen und Zwergwirthschaft Regel sind, auf Neubildung grösserer Güter hinwirkte, welche dann ebenso als geschlossen künftig zu behandeln wären.

Beispiele, dass man in Deutschland die Geschlossenheit der Bauerngüter, wo sie nach alter Gewohnheit oder lehensrechtlich vorhanden war, bei Auflösung der alten Rechtsverfassung gesetz-

---

1) Auch Stüve, dieser entschiedene Freund der Gebundenheit der Bauernhöfe, wo sie besteht oder leicht eingerichtet werden kann, empfiehlt doch unter Umständen ein Minimum; vergl. a. a. O. S. 231, 235, 254.

lich fortzuerhalten suchte, haben wir in der neuesten Geschichte des deutschen Agrarwesens mehrere.

Besonderes Interesse verdient wegen der geographischen Nähe des Vorgangs und der grossen Aehnlichkeit der ökonomischen Verhältnisse mit denen eines Theils von Württemberg das badische Gesetz vom 23. März 1808, welches zwar der Einführung des dem Code Napoléon entnommenen badischen Landrechts vorausgieng, durch das erste Einführungsedikt zu diesem aber ausdrücklich auch in bürgerlicher Hinsicht aufrecht erhalten wurde. Durch dieses Gesetz wurden nicht nur die Lehengüter für untheilbar erklärt, mit Ausnahme der Orte, wo die Theilbarkeit nachweislich auf Ortssitte beruhte, oder wo der Lehensherr ausdrücklich seinen Consens zur Theilung geben, oder endlich, wo die Staatspolizeibehörde aus Gründen des öffentlichen Wohls die Theilung anordnen sollte, sondern das Gleiche wurde für alle nicht lehenspflichtigen herkömmlich geschlossenen Hofgüter festgesetzt. Weiter wurde im Einklang mit der im badischen Oberland bestehenden Sitte bestimmt, dass der jüngste Sohn der gesetzliche Erbe des Hofes seyn und dass es verstattet seyn solle, behufs der Erbtheilung das Gut zum Vortheil des Uebernehmers um ein Zehntel, bei rauhen Waldgütern um ein Achtel unter seinem wahren Werth zu taxiren.

Durch dieses Gesetz sind im badischen Oberrhein- und Seekreis, namentlich in den Schwarzwaldgegenden beider Kreise sehr viele geschlossene Güter erhalten worden. Nur in neun Aemtern des Oberrheinkreises beträgt ihre Zahl nach der Mittheilung Vogelmann's 2488 mit einem Areal von gegen 200,000 Morgen. Dabei sind sie von sehr verschiedener Grösse; von ganz geringer Ausdehnung steigen sie bis auf etwa 700 bad. Morgen <sup>1)</sup>. Im Ganzen ist das Volk selbst mit der Einrichtung zufrieden. Von den Aemtern des Oberrheinkreises haben nur zwei die Aufhebung der Untheilbarkeit verlangt, im Seekreis allerdings mehrere. Unter den schriftstellerischen Stimmen, die darüber laut geworden, sind die einen sehr stark gegen das Institut aufgetreten; eine andre hat sich, ebenso wie die oberrheinische Kreisregierung, für dasselbe

---

1) Ein bad. Morgen = 1,<sup>13</sup> württ., 1,<sup>11</sup> preuss., 1,<sup>05</sup> bayr. Morgen.

ausgesprochen <sup>1)</sup>). Es wäre sehr zu wünschen, dass eine genaue statistische Vergleichung badischer Schwarzwaldgemeinden mit viel

1) Gegen die Untheilbarkeit und sogenannte Vortheilsgerechtigkeit ist sehr entschieden Mayer in den Blättern für Justiz und Verwaltung in Baden, 1842. S. 571 aufgetreten, weil das Klima milder, die Bodenkultur und die Strassen besser, das Holz theurer geworden, hauptsächlich aber weil die ungleiche Erbtheilung ein Hemmniss gegen die grösstmögliche Vertheilung des Grundeigenthums sey, während doch „das Wohlbefinden eines ackerbau-treibenden Staats sich nach der verhältnissmässigen Vertheilung des Bodens bemesse“. (!) Endlich wird auch eine sehr rhetorische Stelle aus Filangieri gegen die Ungleichheit der Erbtheilungen angeführt. — Gegen das Gesetz ist auch Rau (s. Archiv 1840. S. 26), weil das Alte sich doch nicht auf die Dauer behaupten lasse, und die Kultur viel besser werden könne. — Für Untheilbarkeit ist Vogelmann (Archiv 1840. S. 1 u. f.); nur verlangt er eine richtigere Taxation der Güter bei der Erbtheilung und diess gewiss mit dem vollsten Recht; denn in dieser Beziehung kommen unglaubliche Dinge vor. Mayer führt aus Akten an, dass der Besitzer eines Guts von 66 Morgen, worunter 2 Morgen Wald, dieses für 29,125 fl. verkauft habe, nachdem es beim jüngsten Vererbungsfall auf 4700 fl. taxirt worden war. Ein anderes zu 9000 fl. im Steuerkataster stehendes und bei der Erbtheilung für 6700 fl. übernommenes Gut von 564 Morgen (374 M. Wald) wurde zu 97,000 fl. verkauft. Ein drittes Gut hatte 669 Morgen, worunter 573 M. Wald. Es stand im Steuerkataster mit 10771 fl., war für den Vortheilsberechtigten geschätzt auf 5000 fl. und wurde von diesem verkauft für 185,000 fl.! Zur Erklärung kann man annehmen, dass die Verkaufspreise, wenigstens gewiss der letzte, aus Spekulationen von Holzhändlern herrühren. Aber sehr erklärlich ist es, wenn die waisenrichterlichen Schätzungen unter dem vom Gesetz verlangten Taxwerth bleiben. Denn abgesehen davon, dass bei Waldgütern der augenblickliche Verkaufswerth ein anderer ist als derjenige, um den ein solches von dem übernommen werden kann, der nur den jährlichen Zuwachs schlagen lässt, so würde eine dem Gesetz entsprechend auf die üblichen Kaufpreise gegründete Taxation den Uebernehmer meistens ruiniren. Der Vorzug von einem Zehntel würde lange nicht hinreichen, um die Gutsübernahme möglich zu machen, wenn auch nur mehr als zwei Kinder und sonst kein Erbgut vorhanden wäre. Desshalb, scheint es, helfen die Hofbauern, welche selbst meist im Waisengericht sitzen, zur Bewahrung der Höfe durch allzuniedrige Taxationen. — Noch ist zu bemerken, dass das Abholzen ganzer Waldungen über 25 Morgen in Baden freilich verboten ist, wenn nicht die Forstbehörde es erlaubt. Aber die Uebertretung des Verbots kostet nur bis zu 50 fl. Strafe, und durch diese lässt sich begreiflich ein Spekulant, der Tausende gewinnen kann, nicht abhalten.

geschlossenen Gütern und solcher mit dem Theilbarkeitssystem oder auch eine statistische Vergleichung einer Anzahl badischer mit württembergischen Schwarzwaldämtern angestellt würde, um daraus einen sichern Anhaltspunkt zum Urtheil zu gewinnen. Zu einer solchen Vergleichung fehlt es aber zur Zeit an veröffentlichtem Material. Dürfte man jedoch nach dem ganzen Eindrücke urtheilen, den die Schwarzwaldgemeinden in ökonomischer Beziehung auf unsrer und der badischen Seite bei oberflächlicher Beobachtung machen, dann wird man keinen Augenblick im Zweifel seyn, auf welcher Seite die günstigeren Verhältnisse zu finden sind, ob auf Seite der schrankenlosen Theilbarkeit oder auf der der Gebundenheit des Bodens.

Ein andres noch neueres Gesetz ist das sächsische vom 30. Nov. 1843. Auch hier wird bestimmt, dass Ritter- und Lehengüter ebenso wie geschlossene Bauerngüter untheilbar seyn sollen, doch mit der Beschränkung, dass ein Drittel davon, nicht nach dem Grundumfang, sondern nach dem Steuerbetrag berechnet, auf einmal oder nacheinander soll veräußert werden dürfen, sodann, dass die Regierung von dem Verbot der Theilbarkeit soll dispensiren können. Gänzlich dem Verbot entzogen sind Weinberge und Abtrennungen für öffentliche Zwecke, zur Errichtung von Fabriken; Veräußerungen für wirtschaftliche Zwecke (z. B. Wiesenwässerungen), für Errichtung von Handelsgärten und Wohnhäusern sind so weit gestattet, dass die im Allgemeinen untheilbaren zwei Drittel eines Guts noch weiter um ein Achtel verkleinert werden dürfen. Endlich ist bestimmt, dass, wenn auf abgetrennten Stücken neue Nahrungen entstehen, auch diese die Eigenschaft von geschlossenen Gütern an sich tragen sollen.

Auch bei diesem Gesetz wie bei dem badischen ist Erhaltung der vorhandenen, nicht die Schaffung neuer geschlossener Grundbesitzungen das Motiv. Und auch in der Erhaltung ist das Gesetz nicht starr und eigensinnig; es nimmt vielmehr in der mildesten Weise auf alle denkbaren Interessen Rücksicht, die ein Abgehen von dem Prinzip der Geschlossenheit rathlich machen können. Das ist gewiss sehr zu billigen. Ein Andres ist's, ob die einfache Erhaltung in der beschränkten Weise, wie sie das Gesetz

giebt, im Ganzen ausreicht, um einen tüchtigen Bauernstand zu conserviren, und das Land vor dem Ueberhandnehmen von Tagelöhnerwirthschaften zu bewahren. Zur Beantwortung dieser Frage gehört eine Kenntniss der Landesverhältnisse, die mir abgeht.

Ein Beispiel eines Versuchs, auf dem Wege der Gesetzgebung da, wo Theilbarkeit des Bodens schon längere Zeit erlaubt war und praktisch stattfand, zur Gebundenheit zurückzukehren oder neu einzuführen, ist mir aus Deutschland <sup>1)</sup> unbekannt.

Fragen wir nun, ob eine ähnliche gesetzliche Maassregel bei uns durchführbar wäre, so glaube ich, dass man darauf für die Gegenden mit einem unbedingten Ja antworten darf, welche bis jetzt das System der geschlossenen Güter im weitesten Sinn des Worts gehabt haben. Hier würde sich nämlich das Gesetz unmittelbar an die auf der Sitte oder der bisherigen Lehensordnung beruhende Uebung anschliessen und es würden keinerlei Privatinteressen dabei verletzt. Der Bauer, der bis jetzt nicht anders wusste, als dass sein Gut an Eines seiner Kinder kommen werde, und der darnach seine Wirthschaft einrichtete, würde im neuen Gesetz ebensowenig eine Aenderung seiner Sitte und seines Rechts erblicken können, als die Kinder, die auch ohne dieses Gesetz nichts Anderes erwarten konnten, als dass nur Eines aus ihrer Zahl das Gut erben und die Uebrigen abgefunden werden würden. Auch die bisher gewohnte Art der Vererbung oder der Uebergabe des Guts an eines der Kinder würde nicht im Geringsten angegriffen. Wo bisher der älteste oder der jüngste Sohn oder die älteste Tochter das Gut bekam, oder wo der Bauer dasselbe an dasjenige seiner Kinder verkaufte, das am meisten

---

1) Ein Beispiel führt Hanssen in der Anzeige des Buchs von Haxthausen über die ländliche Verfassung in der preuss. Monarchie an (s. Archiv 1840. S. 444. Anm. 45). Auf der zu Schleswig gehörigen friesischen Insel Pallworm wurde nach einer Arrondirung 1832 die weitere Güterzerstückelung ohne höhere Erlaubniss verboten. Die Arrondirung war nur dadurch möglich geworden, dass die Regierung  $\frac{1}{5}$  der Insel, das ihr durch Steuerrückstände zugefallen war, den übrig gebliebenen Landstellen nach vorhergegangenem Austausch theils verschenkte, theils wohlfeil verkaufte. Vorher war vollkommene Freiheit zu theilen.

dadfür geben konnte, oder endlich, wo der Besitzer nach ganz freier Wahl den Gutsübernehmer bestimmte, überall könnten die gleichen Formen wie bisher fortbestehen. Nicht einmal für den seltenen Fall würde eine gesetzliche Bestimmung über den Guterben nothwendig seyn, wenn die Eltern über ihr Gut vor ihrem Tod noch nicht zu Gunsten eines bestimmten Kindes verfügt hätten. Es bliebe hier immer noch die Möglichkeit, dass sich die Kinder über die Uebernahme verständigten und als letzte Hülfe, dass das Gut als Ganzes verkauft würde. So könnte das neue Gesetz recht wohl mit und neben dem ganzen Privatrecht bestehen, wie diess bei der bisherigen Uebung auch der Fall war.

Auch allgemõine Interessen würden dabei nicht verletzt. Denn nichts würde hindern, dass für das Interesse der Nichtlandwirthe und Tagelöhner, einigen Grundbesitz zu erwerben, dadurch gesorgt würde, dass der Theil einer Gemarkung, der bis jetzt walzend war, es auch für die Zukunft bliebe, oder dass, wo es nothwendig wäre, ein grösserer Theil zum freiesten Verkehr bestimmt würde. Ueberdiess könnte für ein noch weiter gehendes Bedürfniss nach Grund und Boden für gewerbliche Anlagen, für Wohnungen, für Gärten nach der Art, wie es das sächsische Gesetz thut, vollkommen gesorgt werden.

Sodann wende man nicht ein, das Interesse der Bodenkultur fordere Theilung und Kleinbesitz. Denn, wo ein Gut wirklich zu gross wäre, als dass es von einem bauerlichen Besitzer gut bewirthschaftet werden könnte, wäre Möglichkeit einer Theilung nicht ausgeschlossen. Solche Fälle jedoch werden bei uns, wenn sie überhaupt vorkommen, ausserordentlich selten seyn. Das aber wird Niemand, der auch noch so sehr von den Vorzügen der Kleinkultur überzeugt ist, behaupten wollen, dass ein grösseres Bauerngut, das ausser den Arbeitskräften der Familie selbst auch noch einige Dienstboten und in den arbeitsvolleren Zeiten des Jahres Tagelöhnerarbeit bedarf, unbedingt schlechter bewirthschaftet werden müsse, als ein kleineres, so lange es sich nämlich um wirklichen Ackerbau und Viehzucht, und nicht um Gartenwirthschaft handelt. Die Theorie spricht nicht für diesen Satz; sie bringt gegen jeden Vorzug eines kleineren Guts mindestens einen gleichgewichtigen für grössere Wirthschaften. und die Erfahrung scheint, wenigstens in unserm

Lande, ebenso wenig dafür zu seyn. Nur muss man, wenn man die Erfahrung zum Beweis herbeizieht, auch richtig vergleichen und nicht etwa die Wirthschaft eines kleinen Landwirths im untern Neckarthal, der die intensivste Oekonomie treiben kann und muss, den grossen Bauernwirthschaften im Allgäu oder im Schwarzwald gegenüberstellen, sondern man muss grössere und kleinere Wirthschaften vergleichen, welche mit einander ähnliche ökonomische Verhältnisse haben und nach den vorhandenen Bedingungen eine bestimmte Wirthschaft als die richtige befolgen sollten. Dann aber wird man finden, dass in der Regel die grösseren Bauern besser und glücklicher wirthschaften, als die kleinen und kleinsten, denen es regelmässig an den nöthigen Betriebsmitteln fehlt und die meist in der Lage sind, mit der Hacke und dem Spaten den Pflug, mit vermehrter Arbeit die reichlichere Düngung ersetzen zu müssen, und die nicht einmal den Vortheil der Kleinwirthschaft haben, dass sie immer rechtzeitig mit der Erndte fertig werden, weil sie hierin theils von den grösseren Wirthen abhängig sind, die ihnen das Gespann dazu liefern müssen, theils den Taglohnverdienst nicht entbehren können, der zur Erndtezeit durch Arbeit bei Andern am reichlichsten zu verdienen ist. Man wird sagen, solche kleine Wirthschaften seyen Extreme; nicht das seyen die kleinen Güter, deren Wirthschaft man den grossen gegenüber lobe, sondern man verstehe darunter solche, die etwa die Arbeitsgrenze einer Familie erreichen. Das ist wahr; leider aber bilden bei uns diese Extreme in unendlich vielen Gemeinden die Regel, und man muss sie nothwendig mit in Rechnung nehmen, wenn man das Interesse der Landeskultur bei dem System freier Theilbarkeit und kleiner Güter mit dem bei Bodengebundenheit und grösseren Gütern vergleicht. Es ist für die Theorie der Oekonomie gewiss von Werth, zu untersuchen, welche Grösse von Gütern bei den verschiedenen Wirthschaftssystemen den grössten Roh- und den grössten Reinertrag geben. Vom Standpunkt der praktischen Politik aber ist diess ganz gleichgültig, so lange es kein brauchbares Mittel giebt, zu verhindern, dass nicht die Mehrzahl der Wirthschaften unter diese Grenze herabsinke. Dass das Minimum kein solches brauchbares Mittel für unsre Verhältnisse ist, glaube ich oben gezeigt zu haben. Eine neue gesetzliche



Schliessung der bisher als geschlossen behandelten Besitzungen würde nicht nur eine Garantie gegen das Ueberhandnehmen der kleinen Tagelöhnerwirthschaften geben, sondern noch weit mehr leisten; sie würde auch eine Garantie für Erhaltung eines tüchtigen Bauernstandes überhaupt bilden, der allein die Mittel giebt zu einer wirklich selbstständigen Gemeindeverwaltung und zur Aufrechthaltung derjenigen Institutionen, auf denen die bürgerliche und politische Freiheit des Volks beruht <sup>1)</sup>).

Für so gut durchführbar und zweckmässig aber eine gesetzliche Massregel dieser Art in den Distrikten erscheint, welche bis jetzt die altbäuerliche Gütergebundenheit noch gehabt haben, für so schwer durchführbar und bedenklich muss sie in den Gemeinden erscheinen, bei denen die Theilung die Regel bildet, und wo die Verkleinerung der Wirthschaften bereits einen hohen Grad erreicht hat.

Erstens nämlich würde hier im Moment der Einführung eines solchen Gesetzes eine Menge Interessen verletzt, ebenso wohl bei den Eltern, die ihre Wirthschaft auf die Eventualität einer Stücktheilung unter ihren Kindern eingerichtet und betrieben hatten, wie unter den Kindern, die in der Aussicht, einst ein Stück Land zu bekommen, in der elterlichen Wirthschaft mitgearbeitet und auf Erlernung eines andern Gewerbs verzichtet haben.

Für's Zweite stehen auch wirkliche Rechte einer neuen Bindung von Gütern entgegen, zunächst Rechte von Hypothekgläubigern, welchen nach unserm Hypothekengesetz nicht ein ganzes Gut, sondern einzelne Stücke verpfändet worden sind. Hier würden durch das Verbot, ein Gut zu zerreißen, die Pfandrechte verletzt werden, und es müsste desshalb der Gebundenheitserklärung eine Umwandlung der Hypothekschulden nothwendig vorhergehen. Sodann auch Rechte von Familiengliedern, namentlich von Ehegatten, die ein bestimmtes Gut in die Ehe gebracht haben, von Kindern aus einer früheren Ehe. Hier wäre

---

1) Man darf wohl hier an das Urtheil Niebuhrs über die Befähigung unsers Bauernstandes zu einer freien Verfassung erinnern; siehe seine Lebensnachrichten und Briefe III. S. 65.

es ebenso unbedingt nöthig, alle vorhandenen Rechtsansprüche zu bereinigen, ehe man die Geschlossenheit ausspricht.

Drittens ist sehr zu bezweifeln, dass sich im Gebiet der Theilbarkeit genug Güter finden werden, welche im Stande sind, einen geschlossenen Bestand zu bilden.

Dass nämlich die kleinsten Güter bis zur Grenze der Ernährungsmöglichkeit einer Familie sich dazu nicht eignen, sieht man leicht, wenn man erwägt, dass hier eine Belastungsmöglichkeit eigentlich gar nicht vorhanden ist, und dass der Besitzer dabei nichts ersparen kann. Hier würden also alle Kinder mit Ausnahme des das Gut übernehmenden bei der Erbtheilung leer ausgehen müssen. Die zum Mindesten erforderliche Grösse wäre wohl die, dass der Ertrag bei guter Wirthschaft und sparsamer Haushaltung den Besitzer in den Stand setzt, so viel zu erwerben, dass bei mittlerer Kinderzahl der das Gut übernehmende Erbe dasselbe nicht überlastet antreten muss, und die übrigen Kinder nicht allzusehr verkürzt werden. Wie viel Morgen Landes dazu erforderlich sind, lässt sich bei der Verschiedenheit der Bodengüte und der Wirthschaften natürlich nicht allgemein sagen. Auch bei gut mittlerem Boden jedoch und der in den wärmeren Lagen unseres Landes üblichen intensiven Dreifelderwirthschaft wird nicht viel weniger als zwanzig Morgen Bauland <sup>1)</sup> (Aecker

1) Das Ernährungsminimum einer mittleren Familie mit einer Kuh sinkt in den besten Weinbauorten unsers Unterlands auf etwa 3 Morgen herab. Dabei ist der Besitz von wenigstens  $\frac{1}{2}$  Morgen Weinberg vorausgesetzt, mit dessen Ertrag der grösste Theil der Geldausgaben bestritten, der aber zumal in den geringen Weinbergen auch zum Bau anderer Gewächse verwendet wird. (Hier in Tübingen z. B., hart an der Grenze des Weinbaus im obern Neckarthal, erndtet ein Weingärtner ausser Wein an Bohnen, Zwiebeln, Mais, Johannis- und Stachelbeeren bis zu 16 fl. vom Morgen. Ausserdem hat er noch etwas Weinlaub als Futter und etwas Holzbüschel als Feuerungsmittel aus seinem Weinberg.) Ausserhalb der Weinbaugesenden hat man mir bei gutem Boden übereinstimmend in mehreren Orten sechs Viertel in der Zelge und einen Morgen Wiesen, also im Ganzen  $5\frac{1}{2}$  Morgen, Bauland als Ernährungsminimum einer bauerlichen Wirthschaft mit einer Kuh angegeben, was mit den Angaben von Koppe nahezu übereinstimmt. So aber, wie eine derartige Familie, kann ein ordentlicher Bauer, der Dienstboten hat, nicht leben. Er braucht zu seiner Haushaltung gewiss das Doppelte. Ein Besitz von gegen 20 Morgen würde demnach genügen, um bei

und Wiesen) für diesen Zweck verlangt werden müssen. Güter von solcher Grösse sind aber in den weitaus meisten Gemeinden mit Theilbarkeit durchaus nicht häufig. Nun könnte es schon als werthvoll angesehen werden, wenn auch nur die wenigen Güter dieser Art der weitem Zerstückelung entzogen würden; eine rechte Hülfe jedoch, eine ausreichende Garantie für einen tüchtigen Ackerbau und für Erhaltung eines soliden Bauernstandes wird man jedenfalls darin nicht erkennen können. Man könnte noch weiter gehen und im Voraus bestimmen, dass die Gebundenheit bei allen Gütern eintreten müsse, welche die angegebene Grösse erreichen. Aber wo ist die Garantie dafür, dass solche Güter neu gebildet werden in einer Gemeinde, wo die ausgebildete Zwergwirthschaft bereits herrschend geworden ist, zumal dann, wenn durch Schliessung der vorhandenen grösseren Güter der käufliche Boden sich vermindert hat?

Ein bedenklicher Umstand ist noch dabei, dass nämlich die Feststellung der neu zu bindenden Güter in den einzelnen Orten nothwendig mehr oder minder willkürlich seyn würde. Wenn nämlich auch das Gesetz den allgemeinen Maasstab für die zu schliessenden Güter aufstellte, so bleibt doch noch immer die Anwendung auf den einzelnen Fall in der Hand der Behörde. In dieser Beziehung ist bei der Einführung des Systems der Gebundenheit nicht weniger Willkühr und polizeiliches Eingreifen wie beim Minimum. Nur hat jenes vor diesem den grossen Vortheil, dass im Allgemeinen mit der ersten Einführung auch das obrigkeitliche Eingreifen sein Ende erreicht hat. Das System steht dann im Leben, und es bleibt dem Volke überlassen, seine Verhältnisse selbstständig darnach einzurichten.

Für keinen Einwand gegen den Gedanken einer neuen Schliessung des grösseren bäuerlichen Grundbesitzes wird man dagegen den Umstand halten können, dass in den Gemeinden mit Theil-

---

wirklich sparsamer Wirthschaft und mittlerer Lebensdauer so viel zurückzulegen, dass ausser dem Gutsübernehmer noch zwei bis drei Kinder wohl versorgt werden könnten. Bei geringem Boden wäre freilich ein weit grösseres Areal erforderlich, ebenso bei Waldgütern, wenn auch hier weniger Bauland nöthig wäre. Bei Gütern von solcher Grösse aber wäre wenigstens die ungleiche Erbtheilung keine Nothwendigkeit.

barkeit die zu einem Gut gehörigen Grundstücke fast überall nicht arrondirt, sondern durch die Gemarkung zerstreut sind. Denn hat man einmal Geschlossenheit, dann kann man auch Arrondirungen vornehmen, wie hinwiederum diese zur Gebundenheit führen, während bei dem System absoluter Theilbarkeit die so nützliche Zusammenlegung der Felder eine seltene Ausnahme bleiben wird, wie gerade das Beispiel unsers südwestlichen Deutschlands beweist, wo Arrondirungen trotz aller Bemühungen der landwirthschaftlichen Vereine in kaum nennenswerther Zahl vorgenommen werden <sup>1)</sup>).

Etwas Anderes ist jedoch noch zu erwähnen. Wie das Minimum auf dem Wege der Verschuldung illusorisch gemacht werden kann, so kann es bei der Gebundenheit auf dem Wege der Einzelverpachtung geschehen. Dass diess nun in einem bedenklichen Umfang eintreten werde, scheint im Allgemeinen nicht wahrscheinlich, so lange der Grundbesitz in unsern Gemeinden in bäuerlichen Händen bleibt; denn hier ist das Interesse zur Selbstbewirthschaftung stark genug, um Einzelverpachtung zu verhindern. Erst dann, wenn in Folge der Zerrüttung unsrer Gemeinden ähnlich, wie es in Italien geschah, städtische Kapitalisten in den Besitz von viel Grundeigenthum kämen, würde eine derartige Gefahr stark hervortreten, und dann allerdings, wenn man die Gebundenheit nicht illusorisch werden lassen wollte, auch ein Verbot der Gutsverpachtung in einzelnen Parzellen nothwendig werden.

Der misslichste Umstand bei dem Gedanken einer neuen Bindung von Gütern im Gebiet der Theilbarkeit scheint darin zu liegen, dass dieselbe in unverkennbarem Widerspruch steht mit der ganzen Geistesrichtung unsers Volks. Für's erste nämlich dürfen wir uns darüber nicht täuschen, dass der Geist der Freiheit und Gleichheit, wie er überhaupt in unsrer Zeit herrscht so auch in den socialen Anschauungen unsers Volks tiefe Wurzel gefasst hat. Mit diesem Geist aber steht der Gedanke der Gebundenheit in entschiedenem Gegensatz. Es kommt noch dazu,

---

1) „Verkoppelung und freie Theilbarkeit und Veräusserlichkeit zusammen ist ein Widerspruch“, sagt ganz richtig Stüve a. a. O. S. 213.

dass diese socialen Anschauungen in unserm Volk vielfach eine beinahe religiöse Kraft haben. Man hört die Leute sagen: Gott hat uns diese Kinder geschenkt, sie sagen alle gleichmässig zu uns Vater und Mutter; haben wir nun ein Recht, durch Uebergabe des Gutes an ein Kind, dieses vor den andern günstiger zu stellen? Es nützt nichts, darauf zu erwidern, dass sie es selbst in der Hand hätten, die andern Kinder ebenso gut zu versorgen; durch rechte Sparsamkeit könnten sie so viel erwerben, dass keines verkürzt werden müsste; dann sei das Interesse der nicht bloß auf eine Generation beschränkten Familie mit der Erhaltung des Gutes innig verbunden; für diese zu sorgen sei aber nicht weniger religiöse Pflicht, als für die Einzelnen ihrer Angehörigen. Denn die Möglichkeit, dass ein Gutsbesitzer genug erspare, um kein Kind in der Erbtheilung zu verkürzen, ist an die Bedingung geknüpft, dass die Zahl der Kinder nicht zu gross ist, und dass keine ungünstigen Ereignisse, wie Krieg oder eine längere Reihe von Misserndten, die möglichen Ersparnisse vermindern; und das Interesse für die Familie im Ganzen im Gegensatz zu einer Generation ist eben thatsächlich nicht mehr in dem Maasse vorhanden, dass man ihm zu Liebe augenblickliche Opfer zu bringen bereit wäre. So ist der Geist der Zeit und die Denkungsweise des Volks in dem Gebiet der Theilbarkeit im Ganzen gewiss gegen den Gedanken einer neuen Schliessung des bäuerlichen Grundbesitzes. Mag man aber auch noch so wenig Respekt vor dem sogenannten Geist der Zeit haben, weil er erfahrungsmässig fast immer nur der Geist des Augenblicks und der Oberflächlichkeit ist, und weder auf tieferem Erfassen der Verhältnisse, noch auf Beachtung der Zukunft beruht, — es handelt sich bei einem neuen Gesetz nicht bloß um seine Zweckmässigkeit, sondern auch um die Möglichkeit seiner Durchführung, und es scheint der Zweifel begründet, ob nicht in unsrem Volke der Vorschlag zu einer neuen Bindung der Bauerngüter aus guten und anerkennungswerthen, ebenso wie aus schlechten Motiven und Vorurtheilen einen Widerspruch finden würde, der seine Durchführung unmöglich machen müsste.

Bei diesem Stand der Dinge scheint es jedenfalls nicht empfehlenswerth, wenn man sich überhaupt zu dem gesetzlichen

Ausspruch einer neuen Gebundenheit entschliessen sollte, denselben zu generalisiren, sondern man wird wohl thun, die Distrikts- und Ortsverhältnisse zu berücksichtigen.

In den Gemeinden, wo bis jetzt die Gebundenheit statt fand, wird ihre gesetzliche Fixirung keinem begründeten Anstand unterliegen. Hier sind die Dinge im Ganzen schon in dem entsprechenden Stande und die nöthigen Regulirungen durch Ausscheidung eines Theils der Markung zu freiem Verkehr, durch Zulassung der Trennung eines allzugrossen Guts kann hier keine grossen Schwierigkeiten haben.

In den Landestheilen dagegen, wo die Theilbarkeit bis jetzt nicht nur erlaubt, sondern auch Sitte war, wird es wohl nur in wenigen Gemeinden möglich sein, geradezu die Untheilbarkeit der grösseren Wirthschaften auszusprechen. Oefter wird es vorher nöthig werden, durch partielle oder vollständige Arrondirungen, bei den letztern unter Umständen mit Ausbau der Wohnungen, einen Zustand zu schaffen, der die Untheilbarkeitserklärung möglich macht. Wieder in andern Gemeinden wird man vorerst ganz verzichten müssen, die Dinge auf diesem Wege zu ordnen, und man wird erst bessere Zustände erwarten müssen, ehe man die Güter zu schliessen vermag.

Es versteht sich, dass der Gesetzgeber bei der grossen Verschiedenheit der einzelnen Fälle sich begnügen muss, die allgemeinen Bestimmungen zu treffen, und dass der grösste und wichtigste Theil der nöthigen Anordnungen Sache der Verwaltungsbehörden sey. Dabei wäre es nicht nothwendig, Alles der Staatsverwaltung selbst zu überlassen. Das Gesetz könnte die neuen Einrichtungen vielleicht von der Zustimmung, wenn auch nicht der Gemeinde, — denn wo diese bereits tief gesunken ist, lässt sich aus ihrer Betheiligung nicht viel Gutes erwarten —, doch der Amtskörperschaften abhängig machen. Genügende Einsicht und Kenntniss der Verhältnisse scheint von dieser Seite wohl zu hoffen, und ebenso fehlt es nicht an dem Interesse, zur Hebung und Befestigung der ökonomischen Zustände in den einzelnen Gemeinden mitzuwirken, da von deren Wohlstand mittelbar das Befinden des ganzen Amtes bedingt wird.

Aber, fragen wir zum Schluss, giebt es denn, wenn man

einmal zugegeben hat, dass das jetzige System sich unmöglich gemacht, und dass man einer Aenderung desselben dringend bedarf, gar keine Möglichkeit, die Freiheit der Selbstbestimmung des Einzelnen, diese Grundlage unsers ganzen ökonomischen wie sittlichen Lebens, in unsern Agrarverhältnissen zu retten und doch dabei das Unglück zu vermeiden, in das uns der Missbrauch unserer jetzigen Freiheit gebracht hat und fortwährend bringt?

Die Antwort auf diese Frage muss, wie ich glaube, eine bejahende seyn; denn die Geschichte zeigt uns das grosse Beispiel eines Landes, das in seiner die Agrarverhältnisse mittelbar und unmittelbar berührenden Gesetzgebung dem Einzelnen die vollste Freiheit seiner Entschliessungen und Handlungen gewährt, und dennoch den Missbrauch dieser Freiheit, im Grossen und Ganzen betrachtet, nicht kennt. Dieses Land ist Grossbritannien, und es fragt sich nun, ob das dort herrschende System auch für uns anwendbar ist.

Dieser Theil der vorliegenden Studien soll in dem folgenden Abschnitt dieses Artikels seine Stelle finden.

---